



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde
am 27.02.2020, 18:00 Uhr,
im Paul-Wunderlich-Haus, Sitzungssaal (Erdgeschoss Haus A),
Am Markt 1, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 17.12.2019
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen
11. **Neuregelung der Sitzverteilung und Neubesetzung des Aufsichtsrates WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH für die Wahlperiode 2019 – 2024**
(Einreicher: Fraktion Alternative für Deutschland)
12. **Neuregelung der Sitzverteilung und Neubesetzung des Aufsichtsrates TWE Technische Werke Eberswalde GmbH für die Wahlperiode 2019 - 2024**
(Einreicher: Fraktion Alternative für Deutschland)
13. **Neuregelung der Sitzverteilung und Neubesetzung der Mitglieder des Hauptausschusses der Stadt Eberswalde und deren Stellvertreter/innen für die Wahlperiode 2019 - 2024**
(Einreicher: Fraktion Alternative für Deutschland)

14. **Neuregelung der Sitzverteilung und Neubildung der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlperiode 2019 - 2024**
(Einreicher: Fraktion Alternative für Deutschland)
15. **Neuverteilung der Ausschussvorsitze gemäß § 43 Absatz 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg für die Wahlperiode 2019 - 2024**
(Einreicher: Fraktion Alternative für Deutschland)
16. Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen
17. Genehmigung von Eilentscheidungen
18. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 18.1. **Vorlage: BV/0125/2020 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 02.2 – Dezernat II
Vergabe KAG Region Finowkanal**
- 18.2. **Vorlage: BV/0109/2020 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 20 – Kämmerei
Jahresabschluss der Stadt Eberswalde zum 31.12.2017**
- 18.3 **Vorlage: BV/0110/2020 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 20 – Kämmerei
Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den Jahresabschluss 2017**
- 18.4. **Vorlage: BV/0122/2020 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt
Bebauungsplan Nr. 422 „Hufnagelquartier“
Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB**
- 18.5. **Vorlage: BV/0106/2019 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 65 – Tiefbauamt
Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Weinbergstraße**
- 18.6. **Vorlage: BV/0121/2020 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 60 – Amt für Hochbau und Gebäude-
wirtschaft
Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde Stadtmitte
- Rathaus und Altes Rathaus (Barockhaus) - Bestätigung der Planungen und
Baubeschlüsse**
- 18.7. **Vorlage: BV/0123/2020 Einreicher/
zuständige Dienststelle: 15 – Bürgeramt
Erhöhung des Erfrischungsgeldes für Mitglieder der Wahlvorstände**

18.8. **Vorlage:** BV/0129/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion FDP | Bürgerfraktion
Barnim

Einführung eines Ehrenamtspasses

18.9. **Vorlage:** BV/0140/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion SPD | BFE

Aufgabenkritik

18.10. **Vorlage:** BV/0141/2020 **Einreicher/**
zuständige Dienststelle: Fraktion SPD | BFE

Zeitnahe Evaluierung und Fortschreibung der Personalentwicklungskonzeption (PEK)

TOP 1:

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Hoeck, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:00 Uhr.

TOP 2:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Hoeck stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen.

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung sind 28 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3:

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde vom 17.12.2019

Herr Zinn:

- bezieht sich auf Seite 8, 1 Absatz, letzter Satz der Niederschrift, wo drin steht „Familienzentrum Finow“; aufgrund dessen, dass es kein Familienzentrum in Finow gibt, bittet er die Worte „Familienzentrum in Finow“ durch die Worte „neustrukturiertes Familienzentrum im Brandenburgischen Viertel“ zu ersetzen
- bezieht sich auf Seite 18, Satz 2 der Niederschrift und merkt an, dass von ihm kein Sozialpass gefordert wird, sondern dass er schon über mehrere Jahre dafür sensibilisiert, dass der Eberswalder Pass qualifiziert bzw. novelliert wird

Herr Passoke regt an, dass die redaktionellen Änderungen von Herrn Zinn zur Niederschrift vom Sachgebiet Sitzungsdienst überprüft werden, ob diese den Ausführungen von Herrn Zinn entsprechen. Sollte dies der Fall sein, können die Korrekturen, nach seiner Ansicht nach vorgenommen werden.

Herr Hoeck sagt zu, dass die Prüfung veranlasst und die Korrekturen ggf. in der Niederschrift vorgenommen werden.

Nachrichtliche Anmerkungen im Ergebnis der vorgenommenen Prüfung:

zum 1: Anstrich:

Die Ausführungen von Herrn Zinn in der heutigen Sitzung stimmen mit dem Gesagten in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 17.12.2019 überein. Aus diesem Grund wird die Korrektur vorgenommen.

zum 2. Anstrich:

Eine Prüfung durch das Sachgebiet Sitzungsdienst ergab, dass Herr Zinn das Wort „Sozialpass“ gesagt hat, nur in einem anderen Sachzusammenhang. Aus diesem Grund wird nachstehende Korrektur in der Niederschrift vorgenommen:

„Herr Zinn regt hinsichtlich der Klärung der Frage, wie zukünftig mit dem Ehrenamt insgesamt umgegangen werden soll, an, dass sich die Mitglieder der AG Ehrenamt hierzu verständigen sollten, um den zuständigen Fachausschüssen entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Des Weiteren sollte der in diesem Zusammenhang stehende, sogenannte Sozialpass (Eberswalde Pass) in den Fachausschüssen vorberaten werden, um eine Möglichkeit zu schaffen, dass sich betroffene Bürgerinnen und Bürger zur Thematik äußern und Anregungen geben können.“

TOP 4:

Feststellung der Tagesordnung

Herr Hoeck informiert, dass die Anfrage AF/0032/2020 „Militärtransporte durch Eberswalde im Rahmen des Manövers Defender 2020“ von der Fraktion DIE LINKE. und die Anfrage AF/0033/2020 „Anzahl der Pkw-Zulassungen im Stadtgebiet“ von der Fraktion CDU an alle Stadtverordneten übersandt wurden und somit Bestandteil der Tagesordnung sind.

Weiterhin wurden die von Herrn Zinn eingereichten Anfragen:

- AF/0035/2020 „Termine der Einwohnerversammlungen in den Eberswalder Orts- und Stadtteilen“ **(Anlage 2)**
- AF/0036/2020 „Sperrvermerk in der Haushaltssatzung 2020/2021 im Bereich der Geschäftsstelle der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal“ **(Anlage 3)**
- AF/0037/2020 „Kündigungen von Schleusenwärtern des europäischen Regionalen Fördervereins zum Jahresende 2019“ **(Anlage 4)**
- AF/0038/2020 „Schrottimmoblie in der Eberswalder Straße“ **(Anlage 5)**
- AF/0039/2020 „Brandschutzkonzept für die städtischen Mieträume in der Filiale der Sparkasse Barnim an der Potsdamer Allee im Brandenburgischen Viertel“ **(Anlage 6)**
- AF/0040/2020 „Erarbeitung einer qualifizierten Einwohnerstatistik der Stadt Eberswalde nach Orts- und Stadtteilen sowie nach Alterskohorten“ **(Anlage 7)**

- AF/0042/2020 „Aktivierung der Eberswalder Städtepartnerschaften“ (**Anlage 8**)
- AF/0043/2020 „Ausschreibungen externes Quartiersmanagement ‚Soziale Stadt‘ im Ortsteil Brandenburgisches Viertel“ (**Anlage 9**)
- AF/0044/2020 „Kitabeitragsfreiheit und Inanspruchnahme von Plätzen in Ganztagschulen“ (**Anlage 10**)

vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt und sind somit Bestandteil der Tagesordnung.

Des Weiteren wurde eine von Herrn Zinn eingereichte Anregung „Neujahrsempfang der Stadt Eberswalde 2021 im Brandenburgischen Viertel“ (**Anlage 11**) vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt, die somit unter dem TOP 9 der heutigen Niederschrift mit aufgenommen wird.

Frau Oehler bezieht sich auf die heute auf der Tagesordnung stehenden Tagesordnungspunkte 14. und 15. und fragt die einreichende Fraktion Alternative für Deutschland, ob sie in Erwägung ziehen könnten, den hierfür eingereichten Antrag für die heutige StVV zurückzuziehen und im nächsten Monat in die StVV wieder einzureichen. Als Begründung führt Frau Oehler aus, dass ihre Fraktion erst am vergangenen Dienstag erfahren hat, dass sich die Fraktion AfD „Die Mitte“ neu gebildet hat und dass aufgrund der Kürze der Zeit nicht mit allen Fraktionen gesprochen werden konnte, um eine einvernehmliche Lösung, an der sie sehr stark interessiert sind, herbeiführen zu können.

Herr Eberhardt teilt im Namen der Fraktion Alternative für Deutschland als Einreicher des Antrages auf Neuverteilung der Sitze und Neubildung der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung mit, dass sie mit dem von Frau Oehler unterbreiteten Vorschlag einverstanden sind.

Basierend darauf teilt Herr Hoeck mit, dass die Tagesordnungspunkte 14. und 15. nunmehr nicht mehr Bestandteil der Tagesordnung sind und die Nummerierung entsprechend angepasst wird.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig gestimmt

TOP 5:

Informationen des Vorsitzenden

Herr Hoeck informiert über Nachstehendes:

5.1 Die Fraktion Alternative für Deutschland teilte am 05.02.2020 schriftlich mit, dass auf der Fraktionssitzung am 03.02.2020 beschlossen wurde, Herrn Heinz-Dieter Parys aus der Fraktion auszuschließen. Somit besteht die Fraktion Alternative für Deutschland nunmehr aus 4 Mitgliedern.

5.2 Des Weiteren wurde ich mit Schreiben vom 20.02.2020, eingegangen am 25.02.2020, darüber informiert, dass sich die Fraktion AfD „Die Mitte“ mit sofortiger Wirkung, bestehend aus den Fraktionsmitgliedern Frau Sabrina Parys und Herrn Heinz-Dieter Parys, neu gebildet hat. Somit kann Frau Sabrina Parys nicht mehr länger Mitglied der Fraktion Alternative für Deutschland sein und die Fraktion Alternative für Deutschland besteht nunmehr aus 3 Mitgliedern.

5.3 Bitte von Herrn Triller um Prüfung der Möglichkeit zur direkten Verlinkung aus der Niederschrift auf die entsprechenden Anlagen im Rahmen der Einwohnerfragestunde der StVV am 20.06.19, konkretisiert mit Schreiben vom 06.11.2019

Die Anfrage wurde zur Klärung des Anliegens durch die Stadtverwaltung Eberswalde an die Fa. SOMACOS sofort am 08. Juli 2019 weitergeleitet. Die Fa. SOMACOS teilte im Ergebnis der vorgenommenen Bewertung am 28.01.2020 schriftlich mit:

„Wir danken Ihnen für die Einreichung der Produkthanforderung. Nach Abwägung der Bewertungskriterien sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass wir ihren Vorschlag leider nicht umsetzen können. In unsere Bewertung fließen u. a. die Wirtschaftlichkeit der Umsetzung, die Verfügbarkeit der Ressourcen für eine zeitnahe Realisierung sowie die Implementierung der Produkthanforderung in unsere Standardprodukte ein. Wir danken für Ihr Verständnis.“

5.4 Ich darf Sie alle herzlich grüßen von Frau Gabi Baumgart, der Vorsitzenden des Stadtrates von Delmenhorst sowie von Herrn Jan Kaczanowski, dem Vorsitzenden des Stadtrates von Gorzów. Beide haben mir im persönlichen Gespräch versichert, dass sie die Idee eines Austausches zwischen den politischen Vertretungen sehr gut finden und unterstützen wollen. Beide sind an einem weiteren Austausch mit der StVV von Eberswalde sehr interessiert.

5.5 Die Überarbeitung der Geschäftsordnung (GO) soll nun beginnen. Dazu habe ich mich in einem ersten Treffen mit Herrn Prescher bereits ausgetauscht und die Verwaltung gebeten, eine Synopse vorzubereiten, die wir in der künftigen Diskussion benötigen werden. Diese liegt mit den Änderungsvorschlägen der Verwaltung nun vor und geht Ihnen demnächst zu. Bisher wurden bereits Vorschläge zur GO von der Fraktion SPD | BFE und ein Vorschlag für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) vom Vorsitzenden eingereicht. In einer gemeinsamen ersten Sitzung im März möchte ich über die Vorschläge mit Ihnen beraten. Den Termin klären wir sehr zeitnah. Mein persönliches Ziel für uns alle ist es, die Arbeiten an der GO im ersten Halbjahr abzuschließen.

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

Frau Parys und Herr Parys nehmen ab 18:13 Uhr an der Sitzung teil (**31 Anwesende**).

6.1 Einwohner, Raumerstraße, 16225 Eberswalde:

- berichtet von zwei Vorkommnissen in den Nächten vom 22.08.2019 auf den 23.08.2019 sowie vom 06.12.2019 auf den 07.12.2019; in 4 Häusern ist es zu Sachbeschädigungen an den Bereifungen von Fahrrädern und Pkw's der Anwohner gekommen; daraufhin wurden mehrere Anzeigen erstattet und bei dem Vorfall in der zweiten Nacht wurde der Staatsschutz mit den Ermittlungen beauftragt, weil Anwohner die Vermutung hatten, dass es sich um eine politische Tat handelte; in diesem Zusammenhang hinterfragt der Einwohner, ob die Stadt Eberswalde über die Vorkommnisse durch die Polizei informiert wurde bzw. ob es eine Kommunikation zwischen den Behörden gibt und wenn ja, fragt er, was die Stadt Eberswalde gedenkt, dort zu tun bzw. wie dort weiter verfahren wird

Herr Boginski teilt mit, dass die Stadtverwaltung im ständigen Kontakt mit der Polizei steht und bei besonderen Vorkommnissen, wie in diesem Fall, gemeinsame Gespräche geführt werden, in denen die Polizei über das weitere Vorgehen informiert. Des Weiteren informiert Herr Boginski, dass das Ordnungsamt zukünftig verstärkt bei den betroffenen Immobilien Kontrollen durchführen wird.

6.2 Einwohner, Philipp-Semmelweis-Straße, 16227 Eberswalde:

- bezieht sich auf Gegebenheiten im Hort der Kita „Pustblume“ und teilt als Erziehungsberechtigter mit, dass vor dem Catererwechsel ein Wasserspender für die Kita- und Hortkinder zur Verfügung stand, welcher einen spielerischen Anreiz zum Trinken für die Kinder darstellte; nach dem Catererwechsel erfolgt die Trinkwasserversorgung durch Kanister; da das hierfür benötigte Wasser aus den Wasserhähnen der Erziehertoiletten entnommen wird, bittet er, eine Änderung herbeizuführen; des Weiteren teilt er mit, dass bislang nur eine Mahlzeit anstatt zwei Mahlzeiten angeboten werden und dass der Speiseplan kein Schweinefleisch mehr enthält, welches seines Erachtens weiterhin angeboten werden könnte; bezogen auf die Verteilküche in der Kita, die seines Wissens nach schon seit längerem in Betrieb sein sollte, merkt er an, dass diese nunmehr ab März 2020 in Betrieb gehen und Umbauarbeiten nach sich ziehen wird, für deren Vornahme die Kita mindestens einen Tag lang geschlossen werden muss, aus diesem Grund fragt er, warum diese Arbeiten notwendig sind, obwohl der Anbieter nach der erfolgten Besichtigung der Räumlichkeiten vor Angebotsabgabe mitgeteilt hat, dass die bereits vorhandenen Räumlichkeiten ausreichend sind

Herr Prof. Dr. König, teilt mit, dass ihm die Sachlage bezüglich des Wasserspenders nicht bekannt ist und wird sich zur Klärung mit der Leiterin der Kita „Pustblume“ in Verbindung setzen. Weiterhin informiert Herr Prof. Dr. König, dass der Essenanbieter bereits darauf hingewiesen wurde, dass der geschlossene Vertrag zwei Mahlzeiten zur Auswahl vorsieht. Herr Prof. Dr. König nimmt den Hinweis mit, wird eine Prüfung veranlassen und zu gegebener Zeit entsprechend informieren. Bezüglich des fehlenden Schweinefleisches auf dem Speiseplan teilt Herr Prof. Dr. König mit, dass in Zusammenarbeit mit der AG „Essen“ festgelegt wurde, dass zwei Gerichte zur Auswahl stehen, ein Gericht nach Menülinie DGE-Standard und ein vegetarisches Gericht und dass er anhand der Speisepläne, welche in vierwöchigem Abstand vorliegen, den Hinweis prüfen und ggfs. beim Essenanbieter nachbessern wird. Des Weiteren informiert Herr Prof. Dr. König, dass es bei der Nutzung der Verteilküche zu Problemen mit der Starkstromversorgung gekommen ist, was vorab vom Anbieter nicht ausreichend geprüft wurde. Nach seinem Kenntnisstand soll dies bis Ende März 2020 geregelt sein. Das hierfür eine eintägige Schließung der Kita notwendig ist, ist ihm nicht bekannt. Er sichert zu, dass eine entsprechende Prüfung des Sachverhalts veranlasst und über das Ergebnis entsprechend informiert wird.

6.3 Einwohner, Raumerstraße, 16225 Eberswalde:

- nimmt Bezug auf die Ausführungen vom Einwohner unter TOP 6.1 der heutigen Sitzung und hinterfragt, welche Schritte seitens der Stadtverwaltung eingeleitet werden, sollten sich solche Vorkommnisse wiederholen; ist der Ansicht, dass die Zielgruppe bewusst gewählt wurde und einen relativ großen Bevölkerungsteil der Stadt Eberswalde mit einbezieht; nach seinem Kenntnisstand stehen die Vorkommnisse in keinerlei persönlichen Verhältnissen zu den betroffenen Anwohnern

Herr Boginski teilt mit, dass er sich sehr dafür einsetzt, dass die Stadt Eberswalde als eine weltoffene, tolerante Stadt wahrgenommen wird. Weiterhin schlägt Herr Boginski den anwesenden Einwohnern vor, einen Gesprächstermin in seinen Räumlichkeiten im Rathaus zu vereinbaren, um sich zu den Vorkommnissen zu verständigen und betont, dass man sich als Stadt Eberswalde nicht in die polizeilichen Ermittlungen einmischen kann.

6.4 Einwohner, Poratzstraße, 16225 Eberswalde:

- bittet um eine Information zum aktuellen Sachstand zur beabsichtigten Bebauung der Grünfläche in der Friedrich-Ebert-Straße; nach seinem Wissensstand ist die Fläche bereits an einen Investor verkauft und soll bebaut werden; weiterhin hinterfragt er, ob es Fraktionen in der StVV gibt, die es befürworten, dass diese Fläche in ihrem jetzigen Zustand erhalten bleibt und als Grünfläche aufgewertet werden soll

Frau Fellner teilt mit, dass sich die Thematik bezüglich einer „Bebauung / Nichtbebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd“ derzeit in einer umfangreichen Diskussion befindet. Hierzu wird am 28.04.2020 eine Bürgerversammlung einberufen, um sich ruhig und sachlich, ohne formale Verfahren eines Bebauungsplanes oder eines Kaufantrages, auszutauschen. So besteht die Möglichkeit, dass alle Gesichtspunkte einer näheren Betrachtung unterzogen und das ganze Verfahren bezüglich der Friedrich-Ebert-Straße Süd den Bürgerinnen und Bürgern eingehend erläutert werden kann, auch unter den Aspekten der strategischen Ziele für die Innenstadtentwicklung und der Entwicklung des Einzelhandels in der Stadt Eberswalde. Nach einer vorgenommenen Auswertung der Bürgerversammlung wird ein Vorschlag, je nach Dauer des Prozesses, seitens der Stadtverwaltung erfolgen, wobei man sich über ein Leitbild verständigen wird und im Anschluss dessen die formalen Schritte eines Bebauungsplanes weiter gehen könnte. So besteht ausreichend Zeit für die StVV über eine allgemeine Zielsetzung zu diskutieren und nach erfolgter Beschlussfassung der Verwaltung, einen Auftrag zu erteilen, ob ein Bebauungsplanverfahren in Gang gesetzt werden soll und wenn ja, in welcher Art und Weise dies vorgenommen werden soll. Zur o. g. Bürgerversammlung lädt Frau Fellner alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie Stadtverordnete herzlich ein.

Herr Zinn nimmt Bezug auf die Ausführungen unter TOP 6.4 der heutigen Sitzung der StVV am 27.02.2020 und merkt an, dass nicht nur die Fraktionen, sondern auch er als fraktionsloser Stadtverordneter einen Standpunkt zur Thematik „Friedrich-Ebert-Straße Süd“ hat, den er auf Nachfrage des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) auch kundgetan hat. Gegenüber dem Einwohner schlägt Herr Zinn vor, sich hierzu entweder in der Pause der heutigen Sitzung mit den Betroffenen auszutauschen oder im Nachgang der heutigen Sitzung. Seines Wissens nach ist angedacht, dass sein Redebeitrag bei Antenne Brandenburg abrufbar sein soll. Fakt ist, dass er eine Qualifizierung der Grünfläche an der Friedrich-Ebert-Straße befürwortet, sodass diese für alle Generationen nutzbar ist.

6.5 Einwohner, Kantstraße, 16225 Eberswalde:

- bittet um eine Information zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und bezieht sich dabei konkret auf die Linie RE 3 Berlin / Brandenburg und hinterfragt, wann der 30-Minuten-Takt zwischen Eberswalde und Berlin tatsächlich realisiert wird; im Moment erfolgt hier nur eine partielle Umsetzung durch den Einsatz von zusätzlichen Zügen

- hinterfragt, inwieweit die Stadt Eberswalde in die aktuellen Fahrplanänderungen der Linie RB 24 in Berlin / Brandenburg, die bis Ende Oktober 2020 andauern sollen, involviert ist; derzeit fährt die Linie RB 24 nicht mehr über den Bahnhof Berlin-Hohenschönhausen, sondern fährt stattdessen den Bahnhof Berlin-Ostkreuz an, was die Fahrzeit mehr als verdoppelt

Frau Fellner teilt mit, dass die ÖPNV-Anbindung ein zentrales und wichtiges Thema für Eberswalde ist und man sich mit den möglichen Verbesserungen der ÖPNV-Anbindung auseinandersetzt. Die Stadt Eberswalde und die umliegenden Städte, wie Bernau bei Berlin, Schwedt/Oder und Prenzlau sowie der Landkreis Barnim, üben gemeinsam Druck gegenüber dem Land Brandenburg als zuständiges Organ aus. Man ist der Ansicht, dass der Nordosten von Brandenburg nicht die notwendige Beachtung und Bedeutung erhält, die man sich dafür vorstellt. Weiterhin teilt Frau Fellner mit, dass sich die Aktionsgemeinschaft „Bündnis Schiene Berlin-Brandenburg (BSBB)“ für eine Verbesserung der Schienenverhältnisse in der betroffenen Region befasst und man diesbezüglich mit ihnen Kontakt aufgenommen hat, um dort die Verbesserungen der ÖPNV-Anbindung mit Nachdruck einzubringen. Frau Fellner macht deutlich, dass die Stadt Eberswalde lediglich Mitteilungen bekommt und nicht zu Prozessen angefragt wird. Darüber hinaus muss man Verständnis für durch Baumaßnahmen entstehende Bauzeiten aufbringen, wenn man Verbesserungen in der ÖPNV-Anbindung wünscht.

6.6 Einwohner, Eberswalder Straße, 16227 Eberswalde:

- teilt mit, dass zum wiederholten Mal lautstark Musik an der Jugendhütte in Finow abgespielt wurde, sodass die Anwohner bis spät in die Nacht relativ stark belästigt werden; ist der Ansicht, dass keiner dafür zuständig ist, um die Jugendlichen zur Ordnung zu rufen; weiterhin teilt er mit, dass die Jugendlichen größere Musikanlagen mit Sackkarren zur Begegnungsstätte transportieren; daraufhin wurde eine E-Mail an das Ordnungsamt der Stadt Eberswalde übersandt mit der Bitte um Lösung des Problems; bis dato liegt keine Beantwortung vor; er macht deutlich, dass dieser Zustand für die betroffenen Anwohner nicht hinnehmbar ist

Herr Prof. Dr. König teilt mit, dass ihm die eingegangene E-Mail vom Ordnungsamt übersandt wurde und dass am 25.02.2020 ein Termin mit dem Ordnungsamt, den Sozialarbeitern und den zuständigen Mitarbeitern des Amtes für Bildung, Jugend und Sport stattgefunden hat, um das weitere Vorgehen zu diskutieren. Des Weiteren hat er im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) angekündigt, dass sich hierzu alle Betroffenen verständigen werden, um zu eruieren, welche Maßnahmen im Hinblick auf die bevorstehende Sommersaison ergriffen werden können und müssen. Hierzu wird die Verwaltung Kontakt mit den betroffenen Anwohnern aufnehmen und teilt mit, dass weitere Informationen hierzu im ABJS im Mai 2020 erfolgen werden.

Herr Hoeck schließt die Einwohnerfragestunde um 18:35 Uhr.

TOP 7:

Informationen aus der Stadtverwaltung

7.1 Herr Boginski:

- teilt mit, dass heute ein Informationsblatt zum COVID-19 (Corona-Virus) vom Landkreis Barnim an alle Stadtverordneten vor der Sitzung verteilt wurde (**Anlage 12**); weiterhin teilt Herr Boginski mit, dass am heutigen Nachmittag eine Telefonkonferenz mit dem Landrat, Herrn Daniel Kurth, und allen hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Amtsdirektorinnen und Amtsdirektoren stattgefunden hat, wo die Situation zum Corona-Virus besprochen wurde; in diesem Zusammenhang bittet Herr Boginski und hier auch besonders die Medien, Ruhe zu bewahren, nicht in Panik zu geraten, keine Hamsterkäufe zu tätigen und nicht bei jedem geringsten Erkältungssymptom den Hausarzt zu konsultieren; nichtsdestotrotz treffen alle Kommunen entsprechende Vorbereitungen zu der Frage „Was passiert, wenn Fälle bei uns auftreten?“; weiterhin teilt Herr Boginski mit, dass dem Informationsblatt eine vom Landkreis Barnim angegebene Telefonnummer entnommen werden kann, die ganztägig erreichbar ist; ferner hat der Landrat, Herr Daniel Kurth, betont, dass nicht bei jedem kleinsten Verdacht unverzüglich die Notrufnummer der Regionalleitstelle Nordost zu wählen ist, sonst bestehe die Gefahr, dass medizinische Notfälle, wie z. B. ein Herzinfarkt, nicht rechtzeitig versorgt werden können
- teilt, wie bereits in der Hauptausschusssitzung am 20.02.2020 vorgenommenen, mit, dass sowohl der Verwaltung als auch der Politik bewusst ist, dass die Stadtverwaltung Eberswalde als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst vor neuen Herausforderungen steht, die es zu bewältigen gilt; er macht deutlich, dass vor mehr als einem halben Jahr ein Prozess innerhalb der Verwaltung angeschoben wurde, bei dem u. a. nachstehende Fragen einer näheren Betrachtung unterzogen wurden:
 1. Wie ist unser Personal für die zukünftigen Aufgaben aufgestellt?
 2. Wie gehen wir mit der Personalgewinnung und Personalerhaltung um?
 3. Wie können wir als Arbeitgeber lukrative Angebote machen, wohlwissend, dass die unterschiedlichen Generationen unterschiedliche Ansprüche an das Verhältnis Arbeit und Leben haben?
 4. Wie kann die Gestaltung des Gesundheitsmanagements und des Prozessmanagements insgesamt erfolgen?
 5. Wie gehen wir mit den sich immer wieder neu stellenden Herausforderungen der Digitalisierung zukünftig um?Herr Boginski informiert, dass hierzu eine SWOT-Analyse durchgeführt wurde und macht hierzu einige Ausführungen anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 13***); im Ergebnis dessen wurden in verschiedenen Bereichen Prioritäten entwickelt, die es nunmehr gilt mit den Fraktionsvorsitzenden im 1. Halbjahr 2020 zu besprechen, um sodann diverse Maßnahmen daraus abzuleiten bzw. zu entwickeln
- bezogen auf die erforderliche Neubesetzung der Stelle „Geschäftsführer/in Technische Werke Eberswalde GmbH (TWE)“ infolge dessen, dass Herr Schaefer in diesem Jahr in Rente gehen wird, teilt Herr Boginski mit, dass er im Oktober 2019 den Aufsichtsrat hierüber und über den weiteren Werdegang informierte; im Rahmen dessen hat man sich z. B. zu den Aufgaben, Definitionen, Verantwortlichkeiten und Anforderungsprofilen verständigt und eine externe Firma beauftragt, das Bewerbungsverfahren durchzuführen, um sowohl regional als auch überregional geeignete Bewerber zu finden; Herr Boginski informiert, dass nach derzeitigem Stand 74 Bewerbungen eingegangen sind, von denen eine Vielzahl von

Bewerbern, darunter auch 4 Bewerberinnen, nicht die geforderten Anforderungen erfüllen; die Vorstellungsgespräche werden demnächst stattfinden; im Nachgang dessen werden die entsprechenden Kandidaten dem Aufsichtsrat vorgestellt und beraten, welche Kandidaten in der Gesellschafterversammlung vorgeschlagen werden sollen; danach erfolgt die Unterbreitung einer Empfehlung für einen Kandidaten an die StVV in Form einer Beschlussvorlage, um so basierend auf den gefassten Beschluss eine Entscheidung als Gesellschafter fällen zu können

- teilt mit, dass im Nachgang der zwei großen Brände (Brand in der Maria-Magdalenen-Kirche und Brand im Gewerbegebiet in Nordend) ein gemeinsamer Termin am 14.01.2020 mit den Gewerbetreibenden und Herrn Prof. Dr. König stattgefunden hat; bei dem u. a. Hilfe seitens der Stadt Eberswalde angeboten wurde; diese Vorgehensweise und auch das umsichtige professionelle Agieren der Feuerwehren wurden im Rahmen dessen von den Gewerbetreibenden im hohen Maße gelobt
- informiert, dass der Behindertenverband Kreis Eberswalde e. V. am 24.01.2020 sein 30-jähriges Bestehen gefeiert hat und dass er sich im Rahmen dessen im Namen der StVV für das großartige Engagement bedankt hat
- teilt mit, dass ebenfalls am 24.01.2020 die Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehren stattgefunden hat und er sich ebenfalls im Rahmen der Veranstaltung im Namen der StVV für die hervorragende Arbeit bedankt hat
- informiert, dass am 29.01.2020 die 300. Ausstellung in der „Kleine Galerie“ in den neuen Räumlichkeiten der Sparkasse Barnim eröffnet wurde; ferner empfiehlt Herr Boginski einen Besuch der Ausstellung „Befindlichkeiten V“ des Künstlers Matthias Steier
- teilt mit, dass er im Rahmen der Stippvisite des Bürgermeisters, welche von der Referentin für Generationen, Gleichstellung und Behinderung, Frau Forster-König, initiiert wurde, am 20. Februar 2020 das Eltern-Kind-Zentrum (EKZ) Stadtmitte im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio besucht hat; die Geschäftsführerin der Kinder-, Jugend- und Seniorenhilfe in Buckow gGmbH, Frau Annette Ruthz, bedankte sich für die vorgenommene finanzielle Unterstützung und die damit einhergehende Verantwortung seitens der Stadtverordneten, welche durchweg positiv von den Eltern angenommen wird
- informiert, dass der Aufsichtsrat des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde (ZWAE) am 12.02.2020 in der Verbandsversammlung, Herrn Hein, mit sofortiger Wirkung, als Verbandsvorsteher abgewählt hat; eine entsprechende Neuausschreibung der Stelle wurde eingeleitet
- teilt mit, dass im Rahmen der gemeinsamen Auswertung der Gedenkveranstaltung zum Todestag von Amadeu Antonio mit Herrn Landmann und Herrn Munjunga vom Afrikanischen Kulturverein Palanca e. V. mitgeteilt wurde, dass sich bezüglich des Anschreibens vom Afrikanischen Kulturverein Palanca e. V., welches fünf Anliegen beinhaltet und vor der 6. Sitzung der StVV am 17.12.2019 verteilt wurde, bisher kein Stadtverordneter mit dem Verein in Verbindung gesetzt hat; aus diesem Grund wird das Anschreiben erneut als Anlage der Niederschrift beigefügt (**Anlage 14**)
- informiert, dass eine Broschüre mit dem Betreff „Gute Gründe – Daten zum Wirtschaftsstandort Eberswalde“ vor der Sitzung an alle Stadtverordneten verteilt wurde (**Anlage 15**)
- lädt zu nachstehenden Veranstaltungen ein:
 - 20.03.2020 – Auftaktveranstaltung zu „Blick nach vorn und zurück – 50 Jahre Eberswalde Finow“

- 21.03.2020, 15:00 Uhr – 115 Jahre Museum Eberswalde und Verein für Heimatkunde zu Eberwalde e. V. im Paul-Wunderlich-Haus
- 31.03.2020 – Ehrenamtsauszeichnung der Stadt Eberswalde

7.2 Frau Fellner

- nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Kersten unter TOP 9.4 der Niederschrift über den öffentlichen Teil der StVV am 17.12.2019 und teilt mit, dass die WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) den Weg im Zuge der Erschließung der Osterweiterung des Brandenburgischen Viertels errichtet hat. Dieser Weg ist nicht öffentlich gewidmet und da es an diesem Weg noch keine Bebauung gibt, wurde durch die WHG die Beleuchtung abgeschaltet; des Weiteren wird der Weg im Winter regelmäßig durch einen Bauzaun abgesperrt, um Kosten für die Anlieger der betroffenen Grundstücke einzusparen

*Herr Zinn hinterfragt in Bezugnahme auf die Ausführungen von Herrn Boginski unter TOP 7.1, 3. Anstrich, ob eine Beauftragung einer externen Firma für das Bewerbungsverfahren hinsichtlich entstehender Kosten notwendig war. In diesem Zusammenhang merkt Herr Zinn an, dass Betreibern von der TWE auf Nachfragen mitgeteilt werde, dass für Anschaffungen keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, aber für die Vornahme des Bewerbungsverfahrens zur Besetzung der Stelle „Geschäftsführer/in Technische Werke Eberswalde GmbH (TWE)“ externe Personaldienstleister beauftragt werden. Seines Erachtens ist der Zweckverband für Wasser – und Abwasserentsorgung Eberswalde (ZWAE) hier vorbildlicher, bei dem auf seiner Homepage auch Stellenausschreibungen für die Besetzung der Stelle „Verbandsvorsteher/die Verbandsvorsteherin“ zu lesen war. Weiterhin ist Herrn Zinn aufgefallen, dass man bei 86 Mitarbeiter*innen keinen Dienstwagen mit persönlicher Nutzung benötigt und bittet dies entsprechend zu reflektieren.*

TOP 8:

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9:

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Stadtverordneten sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 9.1:

Anfrage: AF/0032/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion DIE LINKE.

Militärtransporte durch Eberswalde im Rahmen des Manövers Defender 2020

Herr Boginski nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zur Frage 1:

Die Verkehrsbehörde hatte keine Kenntnis, dass ein Panzerspähwagen am 14.02.2020 durch Eberswalde gefahren ist und weiß auch nicht, ob es einen Zusammenhang mit dem Manöver gibt.

zur Frage 2:

Transporte sind der Verkehrsbehörde nicht bekannt. Dem Landesbetrieb Straßenwesen in Hoppegarten, der für Schwertransporte zuständig ist, sind auch keine Transporte bekannt.

zur Frage 3:

Wenn die Transporte die Autobahn verlassen müssen, werden sie sicherlich über die Bundesstraßen fahren – vermuten wir, wissen es aber nicht.

Herr Jur verlässt den Sitzungssaal ab 18:49 Uhr (**30 Anwesende**).

zur Frage 4:

Die Bahnhofsbrücke, die Brücke an der Stadtschleuse (Friedensbrücke) und die Wassertorbrücke (Breite Straße) liegen in der Baulast des Landesbetriebes Straßenwesen bzw. des Wasser- und Schifffahrtsamtes. Nach unserer Kenntnis – wir wissen es aber nicht genau – sind diese Brücken für Schwerlasttransporte zugelassen.

zur Frage 5:

Ich würde keine Maßnahme gegen Defender 2020 einleiten. Der Schwerpunkt von „Mayors for Peace“ liegt im Einsatz gegen Atomwaffen – es ist mir nicht bekannt, dass dies bei diesem Vorgang zum Tragen kommt. Ansonsten bin ich persönlich sehr bestrebt, mit der Bundeswehr ein gutes Verhältnis zu haben. Ich erinnere mich, wie dankbar wir waren, dass uns die Bundeswehr beim Oderhochwasser 1997 unterstützt hat.

Herr Passoke betont, dass man ebenfalls dankbar für den Einsatz der Bundeswehr beim Oderhochwasser war. Herr Passoke führt weiterhin aus, dass im Vergleich zu damals eine ganz andere Situation vorliege. Das Manöver Defender 2020 ist ein groß angelegtes Manöver, bei dem die Bundeswehr als Teil dieses Manövers an die russische Grenze verlegt wird. Er ist der Ansicht, dass man dazu eine Haltung annehmen kann, ohne die Bundeswehr abzulehnen. Weiterhin informiert Herr Passoke, dass er einem Bericht des Radiosenders „Radio-Eins“ entnommen hat, dass solche Übungen bewusst durch die Bundeswehr durchgeführt werden, um zu testen, ob die Brücken schwerlastfähig sind. Denn was würde passieren, wenn im Rahmen dieser Übung die Bahnhofsbrücke zerstört wird. Herr Passoke ist der Ansicht, dass dies eine Frage des Zivilschutzes ist, indem man sich als Stadt gegen solche Fahrten im Stadtgebiet und gegen Kriegsvorbereitungen ausspricht.

Herr Boginski macht deutlich, dass er eine Sitzung der StVV nicht als geeigneten Ort für die Erörterung der Thematik hält.

TOP 9.2:

Anfrage: AF/0033/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Fraktion CDU

Anzahl der Pkw-Zulassungen im Stadtgebiet

Herr Boginski nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu den Frage 1 – 3:

Zur Beantwortung der Anfrage hat sich die Verwaltung mit dem Landkreis Barnim in Verbindung gesetzt, der uns sodann eine Übersicht aus dem örtlichen Fahrzeugregister der Zulassungsbehörde des Landkreises Barnim zur Anzahl der Pkw-Zulassungen im Stadtgebiet Eberswalde übersandt hat, die als Anlage der Niederschrift beigefügt wird (**Anlage 16**).

TOP 9.3:

Anfrage: AF/0035/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Herr Zinn, fraktionslos

Termine der Einwohnerversammlungen in den Eberswalder Orts- und Stadtteilen

Herr Prescher nimmt die Beantwortung der Anfrage wie folgt vor:

Die Einwohnerversammlungen befinden sich derzeit in Planung. Es wird überlegt, die Einwohnerversammlungen in diesem Jahr zum größten Teil als Ortsrundgänge stattfinden zu lassen. Die Terminabsprachen mit den Dezernaten befinden sich derzeit in der Abstimmung. Voraussichtlich werden vier Einwohnerversammlungen vor und vier Einwohnerversammlungen nach der Sommerpause stattfinden. Man geht davon aus, dass in der StVV am 26.03.2020 aussagekräftigere Angaben zu den Terminen gemacht werden können.

Herr Dietterle fragt, ob in diesem Jahr ein Ortsrundgang in der Clara-Zetkin-Siedlung geplant ist.

Herr Boginski teilt mit, dass es bereits im vergangenen Jahr zwei Rundgänge durch die Clara-Zetkin-Siedlung gegeben hat. Die Anregung aufgreifend, sagt Herr Boginski zu, diesbezüglich Kontakt mit dem Siedlerverein der Clara-Zetkin-Siedlung aufzunehmen, um zu eruieren, ob ein Bedarf für einen Ortsrundgang besteht.

Herr Zinn regt in diesem Zusammenhang an, bei der Terminplanung der Einwohnerversammlungen auf die berufstätige Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Herr Zinn ist der Ansicht, dass die Einwohnerversammlungen aufgrund des frühzeitigen Beginns der Versammlungen bisher so gering besucht wurden. In diesem Zusammenhang verweist Herr Zinn darauf, dass das Baudezernat im Rahmen der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) für das 1. Halbjahr 2020 einige Termine reflektiert hat und würde ergänzend um eine monatliche Übersicht über die geplanten Veranstaltungen aller Bereiche, die für alle Bürgerinnen und Bürger einsehbar ist, befürworten, ohne Verweis auf den Kulturkalender. Des Weiteren hofft Herr Zinn, dass bei der Festlegung, ob die Einwohnerversammlungen in Form von Rundgängen durchgeführt werden sollen, der Behindertenverband Kreis Eberswalde e. V. und die Senioren mit einbezogen werden.

Herr Boginski teilt mit, dass man bestrebt ist, Einwohnerversammlungen und Ortsrundgänge in einem Wechsel durchzuführen, um so viele Teilnehmer aus allen Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Herr Boginski macht deutlich, dass ihm gegenüber signalisiert wurde, dass bei Stattfinden der Einwohnerversammlungen in Räumlichkeiten vermehrt die ältere und behinderte Bevölkerung und bei Durchführung von Ortsrundgängen die jüngere Bevölkerung und auch die Familien angesprochen werden.

TOP 9.4:

Anfrage: AF/0036/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Herr Zinn, fraktionslos

Sperrvermerk in der Haushaltssatzung 2020/2021 im Bereich der Geschäftsstelle der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal

Herr Prof. König nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zu den Fragen 1 und 2:

In Teilen der StVV gab es Unsicherheiten über die Einbindung der StVV in diesem Gesamtkomplex und daraufhin wurde der Sperrvermerk in die Haushaltssatzung 2020/2021 vorgenommen, um diese Unsicherheiten zu klären und zu beseitigen. Aufgrund der benötigten Zeit der Prüfung wurde die Beschlussvorlage im Februar 2020 eingebracht. Die Beschlussvorlage wurde bewusst nicht in den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen (AWF) eingebracht, weil der Beschluss zweigeteilt wurde und zwar in eine Vergabe, die thematisch dem Hauptausschuss (HA) zugehörig ist und in den haushaltsrelevanten Sperrvermerk, welcher in der StVV zu behandeln ist.

Herr Dietterle hinterfragt die Art und Weise des Umgangs mit dem Sperrvermerk im Rahmen der Debatte zur Haushaltssatzung 2020/2021 in der 6. Sitzung der StVV am 17.12.2019. Er ist der Ansicht, dass über den Sperrvermerk nicht ausreichend diskutiert und informiert wurde.

Herr Boginski teilt mit, dass es den Stadtverordneten selbst überlassen ist, sich im Rahmen von Diskussionen mit einzubringen.

Herr Hoeck fasst den Verlauf zum Änderungsantrag Nr. 31 „KAG Finowkanal“ von der Fraktion DIE LINKE. zusammen und teilt mit, dass dieser von der Verwaltung übernommen und in der Haushaltssatzung 2020/2021 berücksichtigt wurde und sich somit eine Diskussion zum Änderungsantrag erübrigt hatte. Eine inhaltliche Diskussion wäre aber im Rahmen der allgemeinen Debatte zum Haushalt weiterhin möglich gewesen.

Herr Zinn teilt mit, dass er aus den Ausführungen von Herrn Prof. Dr. König keine Begründung für das Veranlassen des Sperrvermerks entnommen hat. Des Weiteren teilt Herr Zinn mit, dass er das Procedere mit dem Umgang des Sperrvermerks zur Haushaltssatzung 2020/2021 in der 6. Sitzung der StVV am 17.12.2019 nicht richtig folgen konnte, weil sowohl die Intentionen von Herrn Berendt als auch von Frau Kersten nicht erörtert wurden. Er führt aus, dass er bereits in der Sitzung der StVV am 17.12.2019 zu Herrn Dietterle anmerkte, dass er zwar den hierzu von der Fraktion DIE LINKE. eingereichten Änderungsantrag gesehen hat, sich aber die Frage stelle, wann dieser thematisiert wird, aber es auch sein kann, dass er bei den Ausführungen des Vorsitzenden der StVV, aus denen er entnommen hat, dass zwei Änderungsanträge zurückgezogen wurden, nicht mitbekommen hat, dass dieser zurückgezogen wurde. Herr Zinn macht deutlich, dass, sofern er dies mitbekommen hätte, gegen die Haushaltssatzung 2020/2021 gestimmt hätte und dass man ihm die Notwendigkeit des Anbringens des Sperrvermerkes nicht klar erläutern konnte.

Herr Dr. Mai macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass der Beschluss zur Haushaltsatzung 2020/2021 von den Stadtverordneten in der StVV am 17.12.2019 gefasst wurde und nunmehr der Vergangenheit angehört. Aus diesem Grund schlägt er vor, dass Herr Zinn sich mit der Verwaltung zusammensetzen sollte, um sich den Sachverhalt erklären zu lassen.

TOP 9.5:

Anfrage: AF/0037/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Herr Zinn, fraktionslos

Kündigungen von Schleusenwärtern des europäischen Regionalen Fördervereins zum Jahresende 2019

Herr Boginski beantragt für den Geschäftsstellenleiter der KAG Region Finowkanal, Herrn Gäbler, das Rederecht, weil die gestellten Fragen den Europäischen Regionalen Förderverein e. V. (eRFV e. V.) betreffen.

Herr Zinn merkt an, dass mit der Anfrage nicht die KAG Region Finowkanal (KAG), sondern der Europäische Regionale Förderverein e. V. (eRFV e. V.) angesprochen wurde. Er ist der Ansicht, dass Herr Gäbler keine aussagekräftige Beantwortung auf die gestellten Fragen tätigen kann. Herr Zinn fordert, dass Herr Steffen Witt, welcher mit einem Schriftstück aus der 35. Sitzung der StVV am 14.12.2017 als Geschäftsführer für den Aufgabenbereich aus der Trägervereinbarung benannt wurde, hierzu Stellung bezieht.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Rederecht: mehrheitlich zugestimmt

Herr Gäbler nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zur Frage 1:

Im Jahr 2016 wurden die Schleusenwärter über eine Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) vom Jobcenter Barnim gefördert und befristet eingestellt. In den Jahren 2017, 2018 und 2019 gab es eine degressive Langzeitförderung der Schleusenwärter, welche ebenfalls von dem Jobcenter Barnim gefördert wurde. Hierzu erfolgte eine Auflage seitens des Jobcenters eine längerfristige Beschäftigung der Arbeitnehmer zu ermöglichen. Im Jahr 2019 wurden 10 Schleusenwärter aufgrund der ausgelaufenen Förderung vorläufig gekündigt, wobei 8 Arbeitsverhältnisse im Vorhinein befristet waren. Die unsichere Finanzierung bestand aus unterschiedlichen Gründen für all die Jahre. Zum einen, weil die Haushalte aller KAG-Kommunen beschlossen wurden und zum anderen, weil die Finanzierung durch den Landkreis Barnim an Auflagen gebunden war.

Herr Trieloff bittet um eine Information, in welcher Funktion Herr Gäbler heute in der Sitzung der StVV anwesend ist. Ferner bittet er um eine detaillierte Darstellung der Kompetenzen von Herrn Gäbler, die ihn auszeichnen, solche Fragen zu beantworten. Er ist der Ansicht, dass sich widersprechende Aussagen im Raum befinden. Weiterhin stimmt Herr Trieloff der Aussage von Herrn Zinn zu, dass ein Verantwortlicher des eRFV e. V. die Fragen beantworten muss.

Herr Boginski teilt mit, dass Herr Gäbler Geschäftsstellenleiter der KAG Region Finowkanal ist und eine sehr enge Zusammenarbeit zum e RFV e. V. besteht. Des Weiteren geht Herr Boginski davon aus, dass Herr Gäbler die Beantwortung der Anfragen gemeinsam mit den Verantwortlichen des e RFV e. V. abgestimmt hat.

Herr Gäbler bestätigt die von Herrn Boginski gemachte Aussage.

Herr Passoke bittet, zukünftig darauf zu achten, dass, wenn Fragen an die Verwaltung gerichtet werden, diese auch von der Verwaltung beantwortet werden. Der Verwaltung bleibt es hierbei unbenommen, im Vorfeld Kontakt mit den zuständigen Stellen aufzunehmen. Herr Passoke ist der Ansicht, dass, wenn wir jetzt damit anfangen, bei den Anfragen dauerhaft Rederecht für gewisse Personen zu beantragen, dies nicht zielführend ist und dass es Aufgabe der Verwaltung ist, gestellte Anfragen zu beantworten. Die Beantragung von Rederecht sollte seiner Meinung nach für auf der Tagesordnung stehende weitere Tagesordnungspunkte, im Rahmen der dann vorzunehmenden Diskussion, vorbehalten bleiben.

Herr Boginski nimmt den Hinweis auf.

Herr Trieloff bittet um eine Aussage, ob die Beantwortung der Anfragen schriftlich der Niederschrift beigelegt werden.

Herr Hoeck bejaht dies (**Anlage 17**).

TOP 9.6:

Anfrage: AF/0038/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: Herr Zinn, fraktionslos

Schrottimmoblie in der Eberswalder Straße

Frau Dr. Kraushaar nimmt ab 19:08 Uhr an der Sitzung teil (**31 Anwesende**).

Frau Fellner nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zur Frage 1:

Die Frage kann nur der Eigentümer beantworten, indem er dort entsprechende Ideen und Konzepte vorlegt. Im Moment würde der Flächennutzungsplan sowie damals von der StVV beschlossen, einer Nachnutzung entgegenstehen. Das bedeutet, dass dieser einer guten Planung und einer belastbaren Absprache mit der Stadt Eberswalde bedarf, wenn es zu einer Nachnutzung kommen sollte, um ein entsprechendes Planverfahren einzuleiten zu können.

zur Frage 2:

Ein maßgeblicher Grund dafür sind die Eigentumsverhältnisse.

zur Frage 3:

Auf jeden Fall gibt es berechtigte Hoffnungen.

Herr Zinn teilt mit, dass er mit den immer gleichlautenden Beantwortungen zu Anfragen hinsichtlich der Schrottimmobilien in der Eberswalder Straße oder „Specht“ unzufrieden ist. Weiterhin fordert Herr Zinn eine aussagekräftige Antwort, ob sich in der Sache doch noch etwas Positives bewegen könnte und ob der Status Quo weiterhin gilt, Abrissverfügung und Widerspruch.

Frau Fellner teilt mit, dass es nicht beabsichtigt ist, die gestellten Anfragen unzufriedenstellend zu beantworten und stellt deutlich dar, dass Fragen nach Hoffnung sehr schwer beantwortbar und beurteilbar sind. Klar ist aber auch, dass, wenn es Entwicklungen gäbe, diese Informationen nicht in einer öffentlichen Sitzung kundgetan werden können.

TOP 9.7:

Anfrage: AF/0039/2020 **Einreicher/**

Zuständige Dienststelle: Herr Zinn, fraktionslos

Brandschutzkonzept für die städtischen Mieträume in der Filiale der Sparkasse Barnim an der Potsdamer Allee im Brandenburgischen Viertel

Frau Fellner nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zur Frage 1:

Nein, das ist nicht richtig. Ein Brandschutzkonzept erarbeitet ein Prüfenieur für Brandschutz, was auch erfolgt ist, denn es liegt eine Baugenehmigung vom 28.01.2019 und eine Baubeginnanzeige vom 01.07.2019 vor. Der Brandschutzbericht ist erfolgt und ist Bestandteil der vorliegenden Baugenehmigung.

zur Frage 2:

Dies ist originär Aufgabe der beauftragten Brandschutzexperten und in diesem Fall hat es Herr Dipl.-Ing. Oeckel vorgenommen.

zur Frage 3:

Ein solcher Prüfbericht wird von einem Brandschutzfachmann vorgelegt und dann entsprechend, wo es notwendig ist, mit unseren Fachleuten im Bauordnungsamt und im Amt für Brandschutz abgestimmt.

zur Frage 4:

Hierzu können derzeit keine konkreten Aussagen getroffen werden. In diesem Zusammenhang teilt Frau Fellner mit, dass ihrer Vermutung nach, Herr Zinn mit seinen Fragen nicht das Brandschutzkonzept, sondern die Brandschutzverordnung meint. Für die Erarbeitung einer Brandschutzverordnung ist der jeweilige Schulleiter verantwortlich, der, sofern notwendig, vom Amt für Brandschutz unterstützt wird.

TOP 9.8:

Anfrage: AF/0040/2020 **Einreicher/**

Zuständige Dienststelle: Herr Zinn, fraktionslos

Erarbeitung einer qualifizierten Einwohnerstatistik der Stadt Eberswalde nach Orts- und Stadtteilen sowie nach Alterskohorten

Herr Berendt nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zur Frage 1:

Der Begriff der „qualifizierten Einwohnerstatistik“ ist nicht näher definiert und bleibt daher unspezifisch. Um dem berechtigten Interesse nach Informationen zur Einwohnerentwicklung unserer Stadt Eberswalde nachzukommen, hat das Bürgeramt mit der Ortsteilstatistik für den Monat Dezember 2019 erstmals eine Einwohnerstatistik in dieser Form auf der städtischen Homepage zum öffentlichen Abruf bereitgestellt. Diese stellt die jeweilige Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Haupt- und/oder Nebenwohnsitz in den einzelnen Eberswalder Ortsteilen und im Gesamtgebiet dar und wird monatlich fortgeschrieben. Im Übrigen sind diese zur Verfügung gestellten Daten nach den gesamten Parametern nicht automatisiert abruf- und darstellbar, sondern müssen manuell im Fachamt aufbereitet und erstellt werden.

zur Frage 2:

Wie bereits dargestellt ist eine Beantwortung dieser Anfrage nur mit erheblichem Mehraufwand verbunden. Ergänzend fehlt es an der maßgeblichen Datenkonsistenz. Ein Abruf der jeweilig angefragten Gebiete bedürfte daher zunächst einer klaren Abgrenzung der einzelnen Teilgebiete. Diese müssten in einer gesonderten Datenbank unter Zuordnung der Straßenzüge und jeweiligen Einwohner angelegt werden. Dies ist nur mit einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Anders verhält es sich bei den in der Hauptsatzung festgelegten Ortsteilen.

zur Frage 3:

Eine Darstellung der Einwohner*innenzahlen nach Alterskohorten nach Festlegung der einzelnen Altersbereiche ist möglich. Im Rahmen unserer Einwohnerversammlungen wurden entsprechende Darstellungen öffentlich gemacht. Aufgrund der Aufwände bei der manuellen Erstellung ist eine jederzeitige oder regelmäßige Darstellung jedoch wegen des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes, nicht darstellbar und unverhältnismäßig.

zu den Fragen 4 - 5:

Bislang wurden Einwohnerstatistiken, differenziert nach Ortsteilen bzw. Alterskohorten – in der Regel Anlassbezogen bzw. jährlich – öffentlich gemacht (z. B. im Rahmen von Einwohnerversammlungen bzw. auf der Internetseite). Eine regelmäßige Veröffentlichung oder Verteilung an die Stadtverordneten zur Einwohnerentwicklung und Wanderungsbewegungen bestand nicht und besteht aktuell nicht. Mit der nunmehr etablierten regelmäßigen monatlichen Darstellung der Einwohnerstatistik im Internet wird den Aspekten Aktualität und Transparenz im Rahmen der möglichen Verwaltungsaufwände entsprochen. Verwaltungsintern wird eine quartalsweise Bewegungsstatistik für die Wahrnehmung von verwaltungsspezifischen Aufgaben der Fachämter erzeugt. Diese umfasst neben der Fertilitäts- sowie Mortalitätsrate auch die Aspekte Zuzüge und Wegzüge. Sie ist jedoch nicht nach Ortsteilen oder Alterskohorten unterteilt. Diese Übersicht ist daher für sich genommen interpretations- und

erklärungsbedürftig und deshalb nicht für die Allgemeinheit bestimmt. Die verwaltungsinterne Verteilung dieser Daten wurde ebenfalls zum Dezember 2019 optimiert und vereinfacht. Sie steht den Fachämtern wie gewohnt zur Verfügung.

Herr Zinn teilt mit, dass er basierend auf den Aussagen von Herrn Berendt nunmehr feststellt, dass innerhalb der Verwaltung ein Rückschritt im Hinblick auf die angestrebte Digitalisierung aufgetreten ist. Weiterhin teilt Herr Zinn mit, dass im Zuge der Erstellung der Beschlussvorlage-Nr.: BV/0753/2018 „Neuordnung der Ortsteile und Wahl von Ortsbeiräten in der Stadt Eberswalde“ eine räumliche Gliederung des Stadtgebietes vom damaligen Amtsleiter des Bürgeramtes unkompliziert erarbeitet wurde. Herr Zinn ist der Ansicht, dass es für eine moderne Verwaltung sinnvoll wäre, wenn den Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Ortsteile mitgeteilt werden könnte, wie viele Einwohnerinnen und Einwohner in dem jeweiligen Ortsteil leben. Weiterhin merkt Herr Zinn an, dass eine Erstellung einer Einwohnerstatistik inkl. Wanderungsbewegungen bis zum IV. Quartal 2019 möglich war.

Herr Berendt teilt mit, dass die geführten Register, die als Grundlage der Darstellungen dienen, nicht eigens von der Stadtverwaltung aufgebaut sind, sondern lediglich auf bereits vorhandene Datenbestände zurückgreifen und, dass die Abfragemöglichkeiten nicht differenziert werden. Herr Berendt führt aus, dass seitens der Verwaltung Gespräche mit dem Registerbetreiber geführt wurden hinsichtlich der Erarbeitung einer Vereinbarung, um zusätzliche Parameter festzulegen und für die Datenermittlung abrufbar zu machen. Hinzu kommt, dass die Möglichkeit der Installierung eines eigenen Portals für die Stadtverordneten erörtert wurde, die vom Registeranbieter abgelehnt wurde.

TOP 9.9:

Anfrage: AF/0042/2020 **Einreicher/**

Zuständige Dienststelle: Herr Zinn, fraktionslos

Aktivierung der Eberswalder Städtepartnerschaften

Herr Hoeck verliest die Beantwortung zur gestellten Anfrage und teilt mit, dass diese als Anlage zur Niederschrift beigefügt wird (**Anlage 18**).

TOP 9.10:

Anfrage: AF/0043/2020 **Einreicher/**

Zuständige Dienststelle: Herr Zinn, fraktionslos

Ausschreibungen externes Quartiersmanagement "Soziale Stadt" im Ortsteil Brandenburgisches Viertel

Herr Prof. Dr. König merkt zu den gestellten Fragen an, dass seines Erachtens einer Abwägung zwischen den drei Herausforderungen, wie Quartiersmanagement, Schulsozialarbeit und Streetwork, erfolgen soll, verbunden mit der Fragestellung, wo hier Prioritäten gesetzt werden sollen. Ein externes Quartiersmanagement bietet die Möglichkeiten, Erfahrungen von anderen Städten mit einfließen zu lassen. Gleichwohl hat er den Auftrag während der Debatte zur Haushaltssatzung 2020/2021 aus der StVV am 17.12.2019 entnommen, dass eine zusätzliche Stelle für einen Streetworker geschaffen werden soll. Basierend darauf wird die zu besetzende Stelle ausgeschrieben und der Stundenanteil für die Schulsozialarbeiter an allen drei Grundschulstandorten ebenfalls erhöht. Herr Prof. Dr. König macht deutlich, dass

die Verwaltung versucht, allen drei Herausforderungen gerecht zu werden. Aus diesem Grund kann er eine Verschiebung zu Lasten eines und zu Gunsten der anderen Punkte nicht als geboten ansehen.

Herr Zinn merkt an, dass seine Fragen aus den in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziale und Integration (AKSI) vorgenommenen Berichterstattung aller drei Schulsozialarbeiter und der Streetworker resultieren, weil er diesen entnommen hat, dass eine personelle Aufstockung in diesen Bereichen geboten ist. Weiterhin regt Herr Zinn an, dass man sich ausführlich im federführenden Fachausschuss mit den Aufgaben des externen Quartiersmanagements beschäftigen sollte.

Herr Prof. Dr. König informiert, dass eine entsprechende Beschlussvorlage in die Tagesordnung des AKSI am 11.03.2020 aufgenommen wurde, zu der er Herrn Zinn herzlich einlädt.

TOP 9.11:

Anfrage: AF/0044/2020 **Einreicher/**

Zuständige Dienststelle: Herr Zinn, fraktionslos

Kitabeitragsfreiheit und Inanspruchnahme von Plätzen in Ganztagschulen

Herr Prof. Dr. König nimmt die Beantwortung wie folgt vor:

zur Frage 1:

Die Brandenburgische Landesregierung entscheidet, wie es mit der Kitabeitragsfreiheit weitergeht. Es müssen interne Prozesse gesteuert werden, wie z. B. die Anpassung der Zuwendungsbescheide. Ansonsten sind die Auswirkungen auf das Amt für Bildung, Jugend und Sport eher gering. Aufgrund der bisherigen Erfahrung geht man im Moment nicht davon aus, dass zukünftig vermehrt Anträge für die Betreuung aufgrund einer Kitabeitragsfreiheit gestellt werden. Hinsichtlich der Inanspruchnahme von Plätzen in Ganztagschulen sind noch spezifische Fragen, wie z. B. was bedeutet Ganztagschule zeitlich, wird zusätzliches Personal in der Schule benötigt etc., seitens der Brandenburgischen Landesregierung, offen, die einer Klärung bedürfen. Klar ist, dass, wenn Ganztagschule gewünscht wird, muss eine Verständigung in der Eltern- und Schulkonferenz vorgenommen werden. Des Weiteren sind Abstimmungen zwischen der Brandenburgischen Landesregierung, dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, dem Staatlichen Schulamt Frankfurt (Oder) und der Stadt als Träger der Kitas vorzunehmen.

zur Frage 2:

Im Hinblick auf die Kitabeitragsfreiheit ist man gut aufgestellt und bei der Ganztagsbetreuung gibt es noch Klärungsbedarf.

zur Frage 3:

Im Hinblick auf die Umsetzung macht sich die Verwaltung Gedanken und steht hier im regen Austausch mit den Lehrern, welche Möglichkeiten aus deren Sicht gesehen werden. Des Weiteren bleibt nunmehr abzuwarten, wie die Ganztagsbetreuung geregelt werden soll, um hier Reaktionen hervorrufen zu können.

Herr Zinn merkt hierzu an, dass seine Fragen aus geführten Debatten am vergangenen Wochenende resultieren, bei denen immer wieder gefordert wurde, dass die Landesregierung die Beitragsfreiheit zeitnaher umsetzen soll. Des Weiteren gab es vor einer Woche eine Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden, zu der er auch als fraktionsloser Stadtverordneter eingeladen war, im Rahmen derer Frau Fellner mitteilte, dass eine Verständigung der Fragen, was wollen wir in den nächsten Jahren machen und wofür reichen die finanziellen Mittel. Diese Aussage kann er nachvollziehen, ist aber auch der Ansicht, dass dies dann auch tatsächlich umgesetzt werden sollte. Aus diesem Grund unterbreitet er den Hinweis, rechtzeitig dieses in Angriff zu nehmen, um nicht den Eindruck des nur Agierens zu erwecken.

9.12 Herr Zinn:

- gibt seine Anregung „Neujahrsempfang der Stadt Eberswalde 2021 im Brandenburgischen Viertel“ schriftlich als Anlage zur Niederschrift (**Anlage 11**)

9.13 Herr Wolfgramm:

- bittet um eine Information, ob für den Bereich Kupferhammerweg – Werbelliner Str. eine Rodungsgenehmigung für den dort vorhandenen Baumbestand vorgelegen hat und ob die Stadt Eberswalde Kenntnis über die stattgefundene Rodung hat, was dort geplant ist, ob die Rodung beantragt war und ob dem zugestimmt wurde

Frau Fellner teilt mit, dass es sich nach ihrem Kenntnisstand um einen Wald nach dem Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) handelt, der entsprechende Antrag bei der Oberförsterei Eberswalde eingereicht und durch diese auch genehmigt wurde. Sie führt aus, dass die Stadt Eberswalde nicht an diesem Verfahren beteiligt war.

9.14 Herr Dr. Mai:

- teilt mit, dass nach § 28 Absatz 2 Nr. 24 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) allein die StVV zuständig ist für Städtepartnerschaften und nicht der Vorsitzende der StVV; nach § 53 Absatz 1 BbgKVerf vertritt der Bürgermeister die Stadt als Repräsentant ganz alleine und wenn er verhindert ist, beauftragt er die erste Stellvertreterin, die gesetzlich vorgeschrieben ist; nunmehr stellt sich für mich die Frage, in welcher Funktion der Vorsitzende der StVV in den Partnerstädten Gorzów und Delmenhorst war; einen Auftrag der StVV hatte er nicht; als Repräsentant der Stadt Eberswalde konnte er nicht auftreten und als Privatperson war er auch nicht in beiden Städten, denn laut Medienberichten und wie eben gehört, hat er sich dort mit dem Vorsitzenden der entsprechenden Gremien getroffen und verabredet, dass wir die Partnerschaftsbeziehungen ausbauen wollen; er ist auch nicht eingeladen worden von den anderen Städten, sondern hat sich selbst eingeladen und die Information, dass er Kontakt aufnehmen will, hat mich verwundert, aber nicht weiter gestört; besonders die Fahrt nach Delmenhorst war für mich verwunderlich, weil er in der Stadt Delmenhorst, schon bekannt ist, weil er diese schon besucht hat; vor allen Dingen ist es insofern für mich komisch, dass am 02.03.2020, das habe ich dem Informationsdienst der Stadt Delmenhorst entnommen, der Bürgermeister selbst zu Gesprächen beim Oberbürgermeister in Delmenhorst ist und da geht es auch um die Veranstaltung zum 30. Jahrestag der Unterzeichnung der Partnerschaft; in der Vergangenheit war es immer so und so entspricht es auch der Rechtslage, dass die Stadtverordneten über Städtepartnerschaften entscheiden und dass der Bürgermeisterbereich die organisatorische Durchführung in Absprache mit den Stadtverordneten trifft und nicht mit dem Vorsitzenden der StVV,

weil in diesen Delegationen die ganze Breite der Gesellschaft und der Fraktionen wieder-
gespiegelt wird; meines Erachtens ist diese Sache absolut nicht durch die BbgKVerf ge-
deckt; er weist darauf hin, dass wir für die Beziehung von Vereinen usw. ganz klare Ab-
sprachen zwischen den Vereinen haben, die dann nicht über die StVV laufen; des Weiteren
merkt Herr Dr. Mai an, dass damals gemeinsam beschlossen wurde, dass diese Kontakte
über den Partnerschaftsverein der Stadt Delmenhorst und der Stadt Eberswalde laufen und
es keinen Grund gibt, dieses zu ändern; auch die Aussagen, er hätte die Fahrt privat be-
zahlt, ist für mich erstaunlich, weil noch kein Stadtverordnetenvorsteher so eine hohe Auf-
wandsentschädigung bekommen hat, wie Herr Hoeck, die genau für solche Fahrten be-
stimmt ist; ich bin der Meinung, wir sollten, wie in der Vergangenheit so verfahren, dass,
wenn es Aktivitäten von der StVV zu Partnerschaften gibt, wir gemeinsam beschließen, wer
fährt hin, wer fährt mit und die Organisation sollte durch den Bürgermeisterbereich erfolgen;
insofern war ich über diese ganze Angelegenheit sehr erstaunt und ich denke, sie ent-
spricht auch nicht der BbgKVerf und ich würde Sie, Herr Hoeck, dringend bitten, nicht in
dieser Form auch noch nach Delmenhorst zu fahren

Herr Hoeck nimmt den Hinweis auf und wird eine schriftliche Beantwortung ausarbeiten.

9.15 Herr Herrmann:

- würde es begrüßen, wenn man sich der Thematik „Funktionalität der vorhandenen Technik
im Sitzungssaal des Landkreises Barnim“ und hier insbesondere der mobilen Mikrofone für
die Sitzungen der StVV annimmt, weil es zunehmend schwieriger wird, den Redebeiträgen
der Stadtverordneten zuzuhören

Herr Hoeck teilt mit, dass der Hinweis mitgenommen wird.

9.16 Herr Banaskiewicz:

- nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Herrmann unter TOP 9.15 der heutigen Sit-
zung der StVV und teilt mit, dass die Tonqualität der Mikrofonanlage im Bürgerbildungs-
zentrum Amadeu Antonio in Eberswalde nachlässt und bittet auch hier eine Prüfung der
Mikrofonanlage und eine notwendige Nachbesserung zu veranlassen

Herr Hoeck bittet die Verwaltung dem Hinweis nachzugehen.

9.17 Herr Dietterle:

- bittet um eine Information zum derzeitigen Stand zur Thematik „Finowkanal“; seinem
Kenntnisstand nach werden demnächst finanzielle Mittel an die Kommunale Arbeitsge-
meinschaft Region Finowkanal (KAG) ausgezahlt, obwohl sich der Zweckverband Finow-
kanal noch in der Gründung befindet; er bittet um die Erläuterung der Zusammenhänge und
Darlegung, wie lange an die KAG noch Geld gezahlt werden muss

Herr Boginski teilt mit, dass die Gründung des Zweckverbandes Finowkanal bereits erfolgt
ist und auch veröffentlicht wurde. Weiterhin informiert Herr Boginski, dass demnächst die
erste Verbandsversammlung stattfindet ohne Kosten zu erzeugen. Es ist abgesprochen,
dass die KAG für dieses Jahr den Schleusenbetrieb übernimmt, wofür finanzielle Mittel im
Haushalt 2020/2021 eingeplant wurden und sofern der Sperrvermerk in der heutigen Sit-
zung aufgehoben wird, diese auch an den e RFV e. V. überwiesen werden, um den

Schleusenbetrieb organisieren zu können. Ferner teilt Herr Boginski mit, dass er in der nächsten StVV über den weiteren Verfahrensweg zum Sachverhalt der KAG informieren wird.

9.17 Herr Zinn:

- bezieht sich auf die in der heutigen Sitzung der StVV unter TOP 9.5 vorgenommenen Beantwortung der Anfrage AF/0037/2020 „Kündigungen von Schleusenwärtern des europäischen Regionalen Fördervereins zum Jahresende 2019“, die seines Erachtens nicht beantwortet wurde und bittet um die Nachreichung einer schriftlichen Beantwortung

Herr Boginski teilt mit, dass die schriftliche Beantwortung, wie unter TOP 9.5 bereits dargelegt, der Niederschrift beigefügt wird (**Anlage 17**).

Ergänzend hierzu bittet Herr Zinn, dass die schriftliche Beantwortung zeitnah und nicht erst mit dem Protokoll übersandt wird.

TOP 10:

Informationen aus bzw. zu den Ausschüssen

ASWU am 11.02.2020:

Frau Oehler, stellvertretende Vorsitzende, informiert über die behandelten Themen und Beschlussvorlagen.

AKSI am 12.02.2020:

Herr Prof. Creutziger, Vorsitzender, berichtet über die behandelten Themen, die behandelte Informationsvorlage sowie die behandelten Beschlussvorlagen.

ABJS am 13.02.2020:

Herr Landmann, Vorsitzender, informiert über die behandelten Themen und Beschlussvorlagen.

AWF am 18.02.2020:

Herr Passoke, Vorsitzender, informiert über die behandelte Informationsvorlage und die behandelte Beschlussvorlage.

RPA an 19.02.2020:

Herr Wrase, Vorsitzender, informiert über die Informationsvorlage und die behandelten Beschlussvorlagen.

HA am 20.02.2020:

Herr Herrmann, Vorsitzender, berichtet über die behandelten Beschlussvorlagen.

Es wird eine 20-minütige Pause eingelegt.

TOP 11:

Neuregelung der Sitzverteilung und Neubesetzung des Aufsichtsrates WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH für die Wahlperiode 2019 - 2024

(Einreicher: Fraktion Alternative für Deutschland)

Herr Hoeck teilt mit, dass aufgrund der geänderten Stärkeverhältnisse der Fraktionen, welche die Sitzverteilung nach § 41 Absatz 2 der BbgKVerf berührt und des vorliegenden Antrages der Fraktion Alternative für Deutschland auf Neubesetzung des Aufsichtsrates der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH eine Neubesetzung des Aufsichtsrates der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (10 Sitze) für die laufende Wahlperiode 2019 – 2024 mit folgender Sitzverteilung vorzunehmen ist.

Herr Hoeck informiert, dass die Berechnung der Sitzverteilung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren folgendes Ergebnis ergab:

<u>Fraktion</u>	<u>Sitze</u>
SPD BFE	2
DIE LINKE.	1
FDP Bürgerfraktion Barnim	1
Bündnis 90/Die Grünen	1
CDU	1
Alternative für Deutschland	1
Bündnis Eberswalde	1
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur	1
AfD „Die Mitte“	1

Somit verliert die Fraktion Alternative für Deutschland einen Sitz und die Fraktion AfD „Die Mitte“ erhält einen Sitz.

Herr Hoeck informiert, dass die Neubestellung der Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 41 der BbgKVerf erfolgt. Die StVV entscheidet durch offenen Wahlbeschluss (Abstimmung im Block). Sie ist an die Vorschläge der Fraktionen gebunden.

Herr Hoeck fragt die Vorsitzenden der Fraktionen SPD | BFE, DIE LINKE., FDP | Bürgerfraktion Barnim, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Bündnis Eberswalde und Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur, ob die bis dato bestellten Mitglieder des Aufsichtsrates neu bestellt werden sollen?

Die Fraktionsvorsitzenden bejahen dies.

Herr Hoeck fragt die Fraktionen Alternative für Deutschland und AfD „Die Mitte“, wen sie als Mitglied in den Aufsichtsrat bestellen wollen?

Die Fraktion Alternative für Deutschland schlägt Herrn Tilo Weingardt zur Bestellung als Aufsichtsratsmitglied vor.

Die Fraktion AfD „Die Mitte“ schlägt Frau Sabrina Parys zur Bestellung als Aufsichtsratsmitglied vor.

Herr Hoeck verliest den Beschlussvorschlag unter Nennung der neuen Sitzverteilung und der Namen der Mitglieder, die in den Aufsichtsrat der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH neu bestellt werden sollen und stellt diesen zur Abstimmung.

Herr Zinn merkt an, dass für die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder für die Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) und der TWE Technische Werke Eberswalde GmbH (TWE) seitens der Fraktionen nur männliche Personen vorgeschlagen wurden und empfiehlt, zukünftig solche Positionen mit weiblichen Fraktionsmitgliedern oder externen Personen zu besetzen. Herr Zinn teilt mit, dass das der ausschlaggebende Grund für seine Ablehnung für die Beschlussvorlagen zur Neubesetzung der Aufsichtsräte ist.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/67/20

1. Aufgrund der geänderten Stärkeverhältnisse der Fraktionen, welche die Sitzverteilung nach § 41 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) berührt und des vorliegenden Antrages der Fraktion Alternative für Deutschland auf Neubesetzung des Aufsichtsrates der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH ist eine Neubesetzung des Aufsichtsrates der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (10 Sitze) für die laufende Wahlperiode 2019 – 2024 mit folgender Sitzverteilung vorzunehmen:

<u>Fraktion</u>	<u>Sitze</u>
SPD BFE	2
DIE LINKE.	1
FDP Bürgerfraktion Barnim	1
Bündnis 90/Die Grünen	1
CDU	1
Bündnis Eberswalde	1
Alternative für Deutschland	1
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur	1
AfD „Die Mitte“	1

2. Die Stadtverordnetenversammlung bestellt auf Vorschlag der Fraktionen gemäß § 41 Absatz 1 und 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nachstehende Mitglieder in den Aufsichtsrat der WHG mbH:

<u>Fraktion</u>	<u>Vorname Name</u>
1. SPD BFE	Herrn Hardy Lux
2. SPD BFE	Herrn Thomas Kolling
3. DIE LINKE.	Herrn Volker Passoke
4. FDP Bürgerfraktion Barnim	Herrn Frank Banaskiewicz
5. Bündnis 90/Die Grünen	Herrn Andreas Fennert

6. CDU	Herrn Danko Jur
7. Bündnis Eberswalde	Herrn Ronny Hiekel
8. Alternative für Deutschland	Herrn Tilo Weingardt
9. Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur	Herrn Gerd Markmann
10. AfD „Die Mitte“	Frau Sabrina Parys

TOP 12:

Neuregelung der Sitzverteilung und Neubesetzung des Aufsichtsrates TWE Technische Werke Eberswalde GmbH für die Wahlperiode 2019 - 2024

(Einreicher: Fraktion Alternative für Deutschland)

Herr Hoeck teilt mit, dass aufgrund der geänderten Stärkeverhältnisse der Fraktionen, welche die Sitzverteilung nach § 41 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) berührt und des vorliegenden Antrages der Fraktion Alternative für Deutschland auf Neubesetzung des Aufsichtsrates der Technische Werke Eberswalde GmbH eine Neubesetzung des Aufsichtsrates der Technische Werke Eberswalde GmbH (6 Sitze) für die laufende Wahlperiode 2019 – 2024 mit folgender Sitzverteilung vorzunehmen ist.

Herr Hoeck informiert, dass die Berechnung der Sitzverteilung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren folgendes Ergebnis ergab:

<u>Fraktion</u>	<u>Sitze</u>
SPD BFE	1
DIE LINKE.	1
FDP Bürgerfraktion Barnim	1
Bündnis 90/Die Grünen	1
CDU	1
-----	1

Somit verliert die Fraktion Alternative für Deutschland einen Sitz und es ist zwischen den Fraktionen Bündnis Eberswalde und Alternative für Deutschland ein Losentscheid vorzunehmen.

Herr Hoeck informiert, dass die Neubestellung der Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 41 der BbgKVerf auf Vorschlag der Fraktionen erfolgt. Die StVV entscheidet durch offenen Wahlbeschluss (Abstimmung im Block). Sie ist an die Vorschläge der Fraktionen gebunden.

Herr Hoeck fragt die Vorsitzenden der Fraktionen SPD | BFE, DIE LINKE., FDP | Bürgerfraktion Barnim, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, ob die bis dato bestellten Mitglieder des Aufsichtsrates neu bestellt werden sollen.

Die Fraktionsvorsitzenden bejahen dies.

Herr Hoeck fragt die Fraktionen Bündnis Eberswalde und Alternative für Deutschland, ob zur Besetzung von Sitz 6 eine Einigung erzielt werden konnte.

Die o. g. Fraktionen verneinen dies. Somit wird für den 6. Sitz ein Losentscheid durchgeführt.

Im Ergebnis des Losentscheides entfällt der Sitz 6 an die Fraktion Bündnis Eberswalde.

Herr Hoeck fragt die Fraktion Bündnis Eberswalde, welche Person sie als Aufsichtsratsmitglied vorschlägt.

Herr Jede beantragt eine zweiminütige Auszeit, um sich mit den Fraktionsmitgliedern über die Bestellung des Aufsichtsratsmitgliedes abzustimmen.

Die Auszeit wird vorgenommen.

Herr Jede schlägt im Namen der Fraktion Bündnis Eberswalde Herrn Christian Mertinkat zur Bestellung als Aufsichtsratsmitglied vor.

Herr Hoeck verliest den Beschlussvorschlag unter Nennung der neuen Sitzverteilung und der Namen der Mitglieder, die in den Aufsichtsrat der TWE neu bestellt werden sollen und stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/68/20

1. Aufgrund der geänderten Stärkeverhältnisse der Fraktionen, welche die Sitzverteilung nach § 41 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) berührt und des vorliegenden Antrages der Fraktion Alternative für Deutschland auf Neubesetzung des Aufsichtsrates der Technische Werke Eberswalde GmbH ist eine Neubesetzung des Aufsichtsrates der Technische Werke Eberswalde GmbH (6 Sitze) für die laufende Wahlperiode 2019 – 2024 mit folgender Sitzverteilung vorzunehmen:

<u>Fraktion</u>	<u>Sitze</u>
SPD BFE	1
DIE LINKE.	1
FDP Bürgerfraktion Barnim	1
Bündnis 90/Die Grünen	1
CDU	1
Bündnis Eberswalde	1

2. Die Stadtverordnetenversammlung bestellt auf Vorschlag der Fraktionen gemäß § 41 Absatz 1 und 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg nachstehende Mitglieder in den Aufsichtsrat der TWE GmbH:

<u>Fraktion</u>	<u>Vorname Name</u>
1. SPD BFE	Herrn Richard Bloch
2. DIE LINKE.	Frau Sabine Büschel
3. FDP Bürgerfraktion Barnim	Herrn Martin Hoeck

4. Bündnis 90/Die Grünen	Herrn Karl-Dietrich Laffin
5. CDU	Herrn Uwe Grohs
6. Bündnis Eberswalde	Herrn Christian Mertinkat

TOP 13:

Neuregelung der Sitzverteilung und Neubesetzung der Mitglieder des Hauptausschusses der Stadt Eberswalde und deren Stellvertreter/innen für die Wahlperiode 2019 - 2024 (Einreicher: Fraktion Alternative für Deutschland)

Herr Hoeck teilt mit, dass aufgrund des vorliegenden Antrages der Fraktion Alternative für Deutschland und der Tatsache, dass sich das Stärkeverhältnis der Fraktionen in einer Art und Weise geändert hat, dass die Sitzverteilung hiervon betroffen ist, die Neubesetzung der Mitglieder des Hauptausschusses und deren Stellvertreter/innen vorzunehmen ist. Die Berechnung der Sitzverteilung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren ergab bei 12 Ausschusssitzen folgendes Ergebnis:

<u>Fraktion</u>	<u>Sitze</u>
SPD BFE	3
DIE LINKE.	2
FDP Bürgerfraktion Barnim	1
Bündnis 90/Die Grünen	1
CDU	1
Bündnis Eberswalde	1
Alternative für Deutschland	1
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur	1
AfD „Die Mitte“	1

Somit verliert die Fraktion Alternative für Deutschland einen Sitz und die Fraktion AfD „Die Mitte“ erhält einen Sitz.

Herr Hoeck informiert, dass die Neubestellung der Mitglieder gemäß § 49 Absatz 2 i. V. m. § 41 und die Neubestellung der Stellvertreter/innen gemäß § 41 Absatz 4 der BbgKVerf erfolgt. Bei mehreren Stellvertretern/innen ist die Reihenfolge konkret festzulegen. Die StVV entscheidet durch offenen Wahlbeschluss (Abstimmung im Block). Sie ist an die Vorschläge der Fraktionen gebunden.

Herr Hoeck fragt die Vorsitzenden der Fraktionen SPD | BFE, DIE LINKE., FDP | Bürgerfraktion Barnim, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Bündnis Eberswalde und Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur, ob die bis dato bestellten Mitglieder des Hauptausschusses und deren Stellvertreter neu bestellt werden sollen.

Die o. g. Fraktionen bejahen dies.

Weiterhin fragt Herr Hoeck die Vorsitzenden der Fraktionen Alternative für Deutschland und AfD „Die Mitte“, welche Person sie zur Bestellung als Mitglied und welche Person sie zur Bestellung als Stellvertreter des Hauptausschusses vorschlagen möchten.

Die Fraktion Alternative für Deutschland schlägt zur Bestellung als Mitglied des Hauptausschusses Herrn Krieg und als ersten Stellvertreter Herrn Tilo Weingardt und als zweiten Stellvertreter Herrn Florian Eberhardt vor.

Die Fraktion AfD „Die Mitte“ schlägt zur Bestellung als Mitglied des Hauptausschusses Herrn Heinz-Dieter Parys und als erste Stellvertreterin Frau Sabrina Parys vor.

Herr Hoeck verliert den Beschlussvorschlag unter Nennung der neuen Sitzverteilung und der Namen der zu bestellenden Mitglieder und Stellvertreter die in den Hauptausschuss bestellt werden sollen und stellt diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/69/20

1. Aufgrund der geänderten Stärkeverhältnisse der Fraktionen, welche die Sitzverteilung nach § 41 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) berührt und des vorliegenden Antrages der Fraktion Alternative für Deutschland auf Neubesetzung des Hauptausschusses, ist eine Neubesetzung des Hauptausschusses der Stadt Eberswalde mit folgender Sitzverteilung vorzunehmen:

<u>Fraktion</u>	<u>Sitze</u>
SPD BFE	3
DIE LINKE.	2
FDP Bürgerfraktion Barnim	1
Bündnis 90/Die Grünen	1
CDU	1
Bündnis Eberswalde	1
Alternative für Deutschland	1
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur	1
AfD „Die Mitte“	1

2. Die Stadtverordnetenversammlung bestellt auf Vorschlag der Fraktionen gemäß § 49 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in Verbindung mit § 41 BbgKVerf nachstehende Mitglieder für den Hauptausschuss der Stadt Eberswalde:

<u>Fraktion</u>	<u>Vorname Name</u>
1. SPD BFE	Herrn Hardy Lux
2. SPD BFE	Herrn Götz Herrmann
3. SPD BFE	Herrn Lutz Landmann
4. DIE LINKE.	Herrn Sebastian Walter
5. DIE LINKE.	Herrn Volker Passoke
6. FDP Bürgerfraktion Barnim	Herrn Götz Trieloff
7. Bündnis 90/Die Grünen	Frau Karen Oehler
8. CDU	Herrn Uwe Grohs
9. Bündnis Eberswalde	Herrn Viktor Jede

- | | |
|---|--------------------------|
| 10. Alternative für Deutschland | Herrn Thomas Krieg |
| 11. Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur | Herrn Mirko Wolfgramm |
| 12. AfD „Die Mitte“ | Herrn Heinz-Dieter Parys |

3. Die Stadtverordnetenversammlung bestellt gemäß § 41 Absatz 3 BbgKVerf die von den Fraktionen benannten Stellvertreter/innen in nachstehender Reihenfolge:

<u>Fraktion</u>	<u>Vorname Name</u>
1. SPD BFE	Herrn Ringo Wrase
2. SPD BFE	Herrn Thomas Stegemann
3. SPD BFE	Herrn Dr. Hans Mai
4. SPD BFE	Frau Katja Lösche
5. SPD BFE	Frau Dr. Julia Kraushaar
1. DIE LINKE.	Frau Irene Kersten
2. DIE LINKE.	Frau Katharina Walter
3. DIE LINKE.	Frau Sabine Büschel
1. FDP Bürgerfraktion Barnim	Herrn Frank Banaskiewicz
2. FDP Bürgerfraktion Barnim	Frau Simone Blum
3. FDP Bürgerfraktion Barnim	Herrn Martin Hoeck
1. Bündnis 90/Die Grünen	Frau Johanna Funk
2. Bündnis 90/Die Grünen	Frau Prof. Dr. Heike Molitor
3. Bündnis 90/Die Grünen	Herrn Prof. Johannes Creutziger
1. CDU	Herrn Danko Jur
2. CDU	Herrn Dietmar Ortel
3. CDU	Herrn Reinhard Fischer
1. Bündnis Eberswalde	Herrn Christian Mertinkat
2. Bündnis Eberswalde	Herrn Marco Karnstedt
1. Alternative für Deutschland	Herrn Tilo Weingardt
2. Alternative für Deutschland	Herrn Florian Eberhardt
1. Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur	Herrn Oskar Dietterle
1. AfD „Die Mitte“	Frau Sabrina Parys

TOP 14:

Ab- und Berufung von sachkundigen Einwohner/innen

Herr Hoeck teilt mit, dass die Fraktion Bündnis Eberswalde vorschlägt, Frau Alla Gordijenko (ehemals Wutskowsky) als sachkundige Einwohnerin aus dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport abuberufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Des Weiteren teilt Herr Hoeck mit, dass die Fraktion Bündnis Eberswalde vorschlägt, Herrn Michael Franz als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zu berufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/70/20

Die Stadtverordnetenversammlung beruft Frau Alla Gordijenko als sachkundige Einwohnerin aus dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport ab und beruft Herrn Michael Franz als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport.

TOP 15:

Genehmigung von Eilentscheidungen

Es liegen keine Eilentscheidungen vor.

TOP 16:

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 16.1:

Vorlage: BV/0125/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 02.2 – Dezernat II

Vergabe KAG Region Finowkanal

Herr Zinn merkt redaktionell an, dass die Abkürzung im Betreff der Beschlussvorlage seines Erachtens irreführend ist und fragt sich, ob diese nicht in „Vergabe der Trägerschaft Geschäftsstelle der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal“ qualifiziert werden sollte. Des Weiteren erschließt sich ihm nicht, auch basierend auf den umfangreich vorgenommenen Beantwortungen von Herrn Prof. Dr. König im AWF, weshalb, wieso und warum der Sperrvermerk überhaupt vollzogen wurde und wertet dieses Vorgehen als eine taktische Maßnahme. Er macht deutlich, dass, wenn er dies seiner Zeit mitbekommen hätte, er gegen die Haushaltssatzung 2020/2021 gestimmt hätte. Aus diesem Grund wird er sich an der heutigen Abstimmung der nun vorliegenden Beschlussvorlage nicht beteiligen.

Herr Weingardt regt an, zukünftig keine Kettenverlängerung durchzuführen, sondern, wie bereits im Oktober 2009 erfolgt, eine Ausschreibung für diese Leistung vorzunehmen. Er bittet, sollte dies nicht umsetzbar sein, dass die fachlichen und rechtlichen Gründe erläutert werden.

Herr Dr. Mai teilt mit, dass er bei der gegenwärtigen Geschäftsführung des e RFV e. V. dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen kann. Gleichwohl ist Herr Dr. Mai der Meinung, dass der Finowkanal unbedingt weiter betrieben werden soll, auch mit den Schleusenwärtern und aus diesem Grund wird er sich bei der Abstimmung zur Beschlussvorlage enthalten. Des Weiteren bezieht er sich auf den im Haushalt veranschlagten Haushaltsansatz in Höhe von 174.000 € für Personalkosten und dass nunmehr zwei Monate später erst die Schleusenwärter eingestellt werden, was bedeutet, dass 1/6 weniger Kosten im Personalbereich auftreten und fragt, ob nunmehr nicht die Summe von 174.000 €, sondern von 145.000 € zum Tragen kommt und durch die Stadt bzw. durch die anderen Mitglieder der KAG Region Finowkanal zur Auszahlung gelangen.

Herr Prof. Dr. König teilt, wie bereits im AWF dargelegt, mit, dass durch die Nichtbelegung der Schleusenwärterstellen in den Monaten Januar und Februar 2020 die Kosten, wie von Herrn Dr. Mai bereits dargelegt, sinken.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/71/20

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

1. die Vergabe zur Trägerschaft der KAG Region Finowkanal an den europäischen Regionalen Förderverein zu tätigen
2. die Sperrvermerke im Haushalt 2020 für die Auszahlungen an den europäischen Regionalen Förderverein (Umlage zur Führung der Geschäftsstelle und Zuschuss zum Schleusenregime) aufzuheben.

TOP 16.2:

Vorlage: BV/0109/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 20 – Kämmerei

Jahresabschluss der Stadt Eberswalde zum 31.12.2017

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/72/20

Der geprüfte Jahresabschluss der Stadt Eberswalde per 31.12.2017 wird beschlossen.

TOP 16.3:

Vorlage: BV/0110/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 20 – Kämmerei

Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den Jahresabschluss 2017

Herr Boginski erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil. Er verlässt den Sitzungssaal (**30 Anwesende**).

Herr Passoke teilt mit, da die geforderte Vereinbarung aus dem Jahr 2017 zeitverzögert im April 2019 zur Verfügung gestellt wurde, konnten wir natürlich 2017 noch nicht wissen, was in der Vereinbarung steht. Aus diesem Grund kommt die Fraktion DIE LINKE. zu dem Schluss, dass sie zwar der Beschlussvorlage Nr.: BV/0109/2020 „Jahresabschluss der Stadt Ebers-

walde zum 31.12.2017“ in der heutigen Sitzung zustimmen konnten, weil die Verwaltung nach dem Plan gearbeitet hat, aber der Beschlussvorlage-Nr.: BV/0110/2020 „Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den Jahresabschluss 2017“ nicht zustimmen kann und dass sich die Fraktion DIE LINKE. bei der Abstimmung zu dieser Beschlussvorlage enthalten wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Boginski nimmt wieder an der Sitzung teil (**31 Anwesende**).

In diesem Zusammenhang bittet Herr Trieloff die Verwaltung, Herrn Siebert auszurichten, dass der Jahresabschluss 2017 einstimmig verabschiedet worden ist.

Herr Boginski teilt mit, dass die Verwaltung der Bitte von Herrn Trieloff entsprechen und Herrn Siebert hierüber informieren wird.

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/73/20

Dem Bürgermeister wird nach § 82 Absatz 4 BbgKVerf die uneingeschränkte Entlastung für den Jahresabschluss 2017 der Stadt Eberswalde erteilt.

TOP 16.4:

Vorlage: BV/0122/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 61 – Stadtentwicklungsamt

Bebauungsplan Nr. 422 „Hufnagelquartier“

Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

Herr Hoeck informiert, dass der von der Fraktion DIE LINKE. eingereichte Änderungsantrag zur Beschlussvorlage an alle Stadtverordneten übersandt wurde und, dass durch den Einreicher signalisiert wurde, dass im Betreff des Änderungsantrages das Wort „Hufeisenquartier“ durch das Wort „Hufnagelquartier“ zu ersetzen ist.

Herr Jur nimmt ab 20:42 Uhr wieder an der Sitzung teil (**32 Anwesende**).

Frau Fellner macht als Einreicher der Beschlussvorlage nachstehende protokollrelevante Ausführungen:

Im Ausschuss sind m. E. alle Argumente ausgetauscht worden und wir haben eine sehr engagierte und faire Diskussion mit den Investoren erlebt, die bereit gewesen sind, das Anliegen des sozialen Wohnungsbaus zu prüfen. Sie baten aber auch darum, sich zunächst einen Überblick über die Kosten der anderen Aufgaben machen zu dürfen, die sich ihnen bei diesem Grundstück stellen. Flächen für den sozial geförderten Wohnungsbau sind nach § 9 Abs. 1 Nr. 7 BauGB in einem Bebauungsplan festsetzbar. Wir können froh sein, dass die SITUS GmbH Grundstück + Projekt ökologische, industrie-/baukulturelle sowie soziale Verantwortung übernimmt (soziale Wohnformen, Sicherung Schornstein, Kesselhaus, Waggonfahrstuhl, ggf. Teile der Villa), was nicht selbstverständlich ist. Die Forderung nach sozial gefördertem Wohnungsbau ist legitim, jedoch besteht bei all den Restriktionen dieses Standortes (Lärm durch die Eisenbahnlinie, Altlasten, Natur- und Artenschutz, Denkmalschutz, Baugrund) das Risiko, den Investor finanziell zu überfordern. Aus diesem Grund empfiehlt die Verwaltung der StVV, dem vorliegenden Änderungsantrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu

folgen und bittet die Fraktion DIE LINKE. zu erwägen, ob sie diesen zurückzieht. Stattdessen regt Frau Fellner an, zu überlegen, ob nicht das städtische Grundstück „Alter Busbahnhof“ für sozialen Wohnungsbau und für den Bau einer Kita in Erwägung gezogen werden könnte, weil die Stadt als Grundstückseigentümerin die Konditionen in der Hand hat und bei einem auszu-lobenden Wettbewerb sowie einem späteren Verkauf der Fläche die soziale Durchmischung zu einem Kriterium machen könnte. Weiterhin merkt Frau Fellner an, dass die Notwendigkeit und Berechtigung eines ausgewogenen Angebotes des Wohnungsmarktes in Eberswalde für sie außer Frage steht. Auch haben wir als Stadt und als Gesellschafterin der WHG hier in der Vergangenheit immer wieder entscheidende Akzente gesetzt. Ausgewogenheit heißt aber auch, alle Segmente zu stärken. Eberswalde profitiert davon, wenn wir die Vielfalt weiter fördern. Der Bestand an WBS-Wohnungen in Eberswalde beträgt insgesamt 305 Wohnungen und davon sind 12 Wohnungen leerstehend. Von den 305 Wohnungen sind 166 Wohnungen dem Bestand der WHG zuzuordnen. Gemäß der Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt und WHG stellt die WHG zunächst 100 Wohnungen (aus 500 Wohnungen) aus ihrem Bestand zusätzlich für WBS-Empfänger zur Verfügung. Bislang hat die WHG 39 Wohnungen frei gemeldet. Des Weiteren sind ca. 60 % des vermietbaren Bestandes der WHG KdU-fähig [Kosten der Unterkunft]. Im Leibnizviertel an der Rudolf-Virchow-Straße werden im Rahmen der Sanierung 20 neue Sozialwohnungen entstehen. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, der Stadt Eberswalde und der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG werden 284 Sozialwohnungen geschaffen, davon 226 Wohnungen im Brandenburgischen Viertel sowie 58 Wohnungen in Finow Ost und im Leibnizviertel. Damit wird deutlich, dass wir unsere soziale Verantwortung umfänglich wahrnehmen. Ich bitte deshalb die Fraktion DIE LINKE., dass sie ihren Änderungsantrag zurückzieht oder, sofern dieser nicht zurückgezogen wird, die Stadtverordneten diesen nicht zustimmen. Ich stehe dafür ein, dass wir die Diskussion mit den Investoren weiterführen – so wie wir es im ASWU versprochen haben. Wenn dann der Entwurf des Bebauungsplans vorliegt und damit Klarheit über die Gesamtheit der Belastungen herrscht, die die Entwicklung des Hufnagelquartiers mit sich bringt, ist der richtige Zeitpunkt um das Ansinnen erneut zu diskutieren.

Herr Passoke teilt im Namen der Fraktion DIE LINKE. mit, dass der Änderungsantrag nicht zurückgezogen wird und stellt gleichzeitig den Antrag, dass über diesen namentlich abzustimmen ist. Weiterhin führt Herr Passoke aus, dass die Stadt Eberswalde den achten Platz der stärksten Mieterhöhungen aller bundesdeutschen Städte belegt und dass in den letzten fünf Jahren eine Mieterhöhung von bis zu 30 % bei den Neuvermietungen stattgefunden hat, obwohl die WHG positive Aktivitäten, wie z. B. das Schillerquartier oder die Michaelisgärten entwickelt hat, die aber kaum wesentliche Auswirkungen auf den Mietspiegel nach sich ziehen. Herr Passoke ist der Ansicht, dass Investoren durchaus in der Lage sind, den Anforderungen, wie z. B. der Schaffung von sozialem Wohnungsbau und den Bau einer Kita, gerecht zu werden, sofern diese zeitnah eingebunden werden.

Herr Zinn teilt mit, dass er den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. befürwortet. Des Weiteren hat Herr Zinn die Aussagen des Bauherrn im ASWU anders wahrgenommen, als von Frau Fellner wiedergegeben. Er führt aus, dass er beiden Beschlüssen seine Zustimmung geben wird. Gleichwohl unterstützt er das Anliegen, rechtzeitige Signale in Richtung des Investors zu senden.

Herr Herrmann teilt im Namen der Fraktion SPD / BFE mit, dass weite Teile der Fraktion das Anliegen des Änderungsantrages unterstützen, aber gleichwohl, wie von Frau Fellner ausgeführt, gesehen wird, dass bereits viele Vorgaben in den Verhandlungen mit dem Investor besprochen und in die jetzige Planung übernommen wurden und geben zu bedenken, dass vielleicht weitere Vorgaben das Vorhaben an einen kritischen Punkt bringen könnten. Weiterhin merkt Herr Herrmann an, dass der gesamte Sozialraum Westend gesehen werden sollte und nicht nur dieses neue Einzelquartier. Die Fraktion SPD / BFE würde es befürworten, wenn die Verwaltung die Fläche des alten Busbahnhofes hinsichtlich der Schaffung von sozialem Wohnraum einer näheren Betrachtung unterziehen würde. Aus diesem Grund schlägt Herr Herrmann gegenüber der Fraktion DIE LINKE. vor, ihren Änderungsantrag zurückzuziehen, um gemeinsam das Thema „Sozialer Wohnungsbau in Westend“ zu überdenken und einen Beschluss zu fassen. Alternativ könnte die Verwaltung in den weiteren Verhandlungen die Themen „Kita und sozialer Wohnungsbau im ‚Hufnagelquartier‘“ erörtern und schauen, inwieweit der Investor hier Umsetzungsmöglichkeiten sieht. Aufgrund der Vielfalt der Meinungen teilt Herr Herrmann mit, dass die Fraktion SPD / BFE eine freie Abstimmung vornehmen wird.

Im Ergebnis der Debatte ist festzustellen, dass die Mehrheit der Fraktionen die Ausführungen von Frau Fellner und die dort vorgeschlagene Verfahrensweise unterstützt und sich für das Vorantreiben dieses Bauvorhabens aussprechen. Des Weiteren plädieren sie der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen. Ansinnen, wie im Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. formuliert, sollten zunächst gesamtstädtisch betrachtet und dort Aufnahme finden, wo der Bedarf besteht. Hierzu sind zu gegebener Zeit entsprechende Prüfungen bezüglich der Notwendigkeit und auch Umsetzbarkeit vorzunehmen.

Herr Banaskiewicz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.
Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag wird vorgenommen.

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1.	Banaskiewicz	Frank		X	
2.	Blum	Simone		X	
3.	Boginski	Friedhelm		X	
4.	Prof. Creutziger	Johannes			X
5.	Dietterle	Oskar	X		
6.	Eberhardt	Florian		X	
7.	Funk	Johanna		X	
8.	Grohs	Uwe		X	
9.	Herrmann	Götz		X	
10.	Hoeck	Martin		X	
11.	Jede	Viktor		X	
12.	Jur	Danko		X	
13.	Karnstedt	Marco		X	
14.	Kersten	Irene	X		
15.	Dr. Kraushaar	Julia		X	
16.	Landmann	Lutz		X	

17.	Lösche	Katja	X		
18.	Dr. Mai	Hans		X	
19.	Mertinkat	Christian		X	
20.	Prof. Molitor	Heike		X	
21.	Oehler	Karen		X	
22.	Ortel	Dietmar		X	
23.	Parys	Heinz-Dieter		X	
24.	Parys	Sabrina		X	
25.	Passoke	Volker	X		
26.	Stegemann	Thomas		X	
27.	Trieloff	Götz		X	
28.	Walter	Katharina	X		
29.	Weingardt	Tilo		X	
30.	Wolfgramm	Mirko	X		
31.	Wrase	Ringo	X		
32.	Zinn	Carsten	X		

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/74/20

1. Aufstellungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 422 „Hufnagelquartier“ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).

Zum Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 422 „Hufnagelquartier“ gehören die folgenden Flurstücke:

Gemarkung Eberswalde, Flur 1, Flurstücke 20, 21, 22, 23, 25, 26, 27, 33, 34, 35, 36, 24/3, 2575, 2576, 2592 tw., 2597 tw., und 2675 tw..

Das Plangebiet hat eine Größe von 5,2 ha.

Über das Planverfahren sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, das Gelände der ehemaligen Hufnagelfabrik als neuen Standort für mehrgeschossigen Wohnungsbau in Bahnhofsnahe zu entwickeln, unter Wahrung und Ertüchtigung der Denkmale Schornstein/Kesselhaus, Waggonaufzug und ggf. der Villa und unter größtmöglichem Erhalt des Altbaumbestandes in den seitlichen Böschungsflächen. Der neue Wohnstandort soll weitestgehend energieautark und verkehrsberuhigt gestaltet werden und sich durch die Verwendung ökologischer Bauweisen und Baustoffe auszeichnen.

Der Übersichtsplan in der Anlage 1 (unmaßstäblich) ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Auftrag zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB ist durchzuführen.

3. Auftrag zur ortsüblichen Bekanntmachung

Der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes sowie Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie über die wesentlichen Auswirkungen der Planung sind ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 16.5:

Vorlage: BV/0106/2019 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 65 – Tiefbauamt

Entwurfsplanung und Baubeschluss Verkehrsanlage Weinbergstraße

Herr Grohs erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Hoeck informiert, dass der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingereichte Änderungsantrag und der überarbeitete Änderungsantrag zur Beschlussvorlage an alle Stadtverordneten übersandt wurden.

Herr Zinn teilt mit, dass er dem vorliegenden Änderungsantrag in der aktuellen Fassung und auch die vorliegende Beschlussvorlage ablehnen wird, weil er der Ansicht ist, dass die sozialen Aspekte nicht allumfänglich berücksichtigt wurden.

Herr Landmann stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Im Ergebnis der Diskussion ist festzuhalten, dass sich die Mehrheit der Fraktionen für die Vorzugsvariante 1 der Entwurfsplanung aussprechen. Klar ist, dass das Pflanzen von Bäumen für das Erscheinungsbild der Stadt Eberswalde und für das Stadtklima wünschenswert ist, jedoch an diesem Standort nicht weiter verfolgt werden sollte, um den Parkplatzbedarf decken zu können.

Herr Trieloff beantragt im Namen der Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim eine namentliche Abstimmung zum zuletzt eingereichten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die namentliche Abstimmung zum o. g. Änderungsantrag wird vorgenommen.

Nr.	Name	Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
1.	Banaskiewicz	Frank		X	
2.	Blum	Simone		X	
3.	Boginski	Friedhelm		X	
4.	Prof. Creutziger	Johannes	X		
5.	Dietterle	Oskar	X		
6.	Eberhardt	Florian	X		
7.	Funk	Johanna	X		
8.	Herrmann	Götz		X	
9.	Hoeck	Martin		X	
10.	Jede	Viktor		X	

11.	Jur	Danko		X	
12.	Karnstedt	Marco		X	
13.	Kersten	Irene		X	
14.	Dr. Kraushaar	Julia	X		
15.	Landmann	Lutz		X	
16.	Lösche	Katja		X	
17.	Dr. Mai	Hans	X		
18.	Mertinkat	Christian		X	
19.	Prof. Molitor	Heike	X		
20.	Oehler	Karen	X		
21.	Ortel	Dietmar		X	
22.	Parys	Heinz-Dieter		X	
23.	Parys	Sabrina		X	
24.	Passoke	Volker		X	
25.	Stegemann	Thomas			X
26.	Trieloff	Götz		X	
27.	Walter	Katharina		X	
28.	Weingardt	Tilo	X		
29.	Wolfgramm	Mirko			X
30.	Wrase	Ringo		X	
31.	Zinn	Carsten		X	

Abstimmungsergebnis zum zuletzt eingereichten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage: mehrheitlich zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/75/20

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung zum Bau der Verkehrsanlage Weinbergstraße zu und beschließt den Bau der Verkehrsanlage.

Weiterhin wird die Verwaltung mit der Erstellung des Bauprogramms beauftragt.

TOP 16.6:

Vorlage: BV/0121/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 60 – Amt für Hochbau und Gebäude-
wirtschaft

Modernisierung der Verwaltungsstandorte Eberswalde Stadtmitte

**- Rathaus und Altes Rathaus (Barockhaus) - Bestätigung der Planungen und
Baubeschlüsse**

Herr Zinn bezieht sich auf die der Beschlussvorlage beigefügten Lagepläne und merkt hierzu an, dass in der Legende das Wort „Friedrich“ durch das Wort „Friedhelm“ korrekterweise ersetzt werden sollte.

Herr Hoeck bedankt sich für den Hinweis von Herrn Zinn und teilt mit, dass die Änderung vorgenommen wird.

Abstimmungsergebnis mit der o. g. Änderung: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/76/20

1. Die Stadtverordnetenversammlung bestätigt die Planungen für den Umbau des Rathauses und des Alten Rathauses (Barockhaus).
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die weiteren Planungen voran zu treiben.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, das Teilprojekt „Altes Rathaus“ (Barockhaus) zeitnah zu realisieren.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, für das Teilprojekt „Rathaus“ diejenigen Arbeiten ausführen zu lassen, die für die Realisierung und Anbindung der Teilprojekte „Altes Rathaus“ und „Löwenapotheke“ erforderlich sind, insbesondere den Übergang vom Rathaus zum Alten Rathaus, die medialen Anbindungen für die anderen Teilprojekte und die neue TUIV-Zentrale mit notwendigen dezentralen Komponenten.
5. Der Bürgermeister wird beauftragt, die förderfähigen Kosten feststellen zu lassen und die für die Fertigstellung des Gesamtprojektes erforderlichen Förder- und Eigenmittel in die weitere Haushaltsplanung aufzunehmen.

TOP 16.7:

Vorlage: BV/0123/2020 **Einreicher/**

zuständige Dienststelle: 15 – Bürgeramt

Erhöhung des Erfrischungsgeldes für Mitglieder der Wahlvorstände

Herr Zinn weist darauf hin, dass es Differenzen zwischen dem gewährten Ausgleich der verwaltungsinternen und verwaltungsexternen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer für die Tätigkeit als Wahlvorstand oder Wahlhelfer gibt, weil die verwaltungsinternen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer an dem darauffolgenden Tag einen Freizeitausgleich erhalten und die verwaltungsexternen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer ihrer Arbeitstätigkeit nachgehen müssen. Aus diesem Grund bittet er, dies bei der Besetzung der Wahllokale für die bevorstehende Bundestagswahl 2021 zu berücksichtigen. Denkbar wäre seines Erachtens in diesem Zusammenhang, dass externe Wahlhelferinnen und Wahlhelfer nicht bis früh um 4 Uhr eingesetzt werden. Weiterhin teilt Herr Zinn mit, dass er der Ansicht ist, dass die Terminkollision zwischen der Kommunalwahl 2024 und der Europawahl 2024 im Hinblick auf den Zeitaufwand ungünstig ist und regt in diesem Zusammenhang gerichtet an die Vertreter der Landesregierung, die in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, an, dass man das zukünftig in der Landespolitik berücksichtigt, mit dem Ziel, der Vornahme einer terminlichen Veränderung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusstext:

Beschluss-Nr.: 7/77/20

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erhöhung des Erfrischungsgeldes für zukünftige Wahlen auf 45,00 € für jedes Wahlvorstandsmitglied bzw. 60,00 € für jede/n Wahlvorstandsvorsteher/in.

TOP 16.8:**Vorlage:** BV/0129/2020 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim**Einführung eines Ehrenamtspasses**

Herr Trieloff zieht im Namen der Fraktion FDP | Bürgerfraktion Barnim als Einreicher der Beschlussvorlage diese zurück, um diese erneut in einer überarbeiteten Version in die kommende Gremienperiode einzubringen. Weiterhin lädt Herr Trieloff alle Fraktionen ein, bei der Erarbeitung eines Ehrenamtspasses mitzuwirken sowie entsprechende Ideen einzubringen und teilt mit, dass man für Gespräche zur Verfügung steht.

TOP 16.9:**Vorlage:** BV/0140/2020 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** Fraktion SPD | BFE**Aufgabenkritik**

Herr Herrmann teilt bezogen auf die Beschlussvorlagen- Nr.: BV/0140/2020 „Aufgabenkritik“ und BV/0141/2020 „Zeitnahe Evaluierung und Fortschreibung der Personalentwicklungskonzeption (PEK)“ mit, dass man wohlwollend zur Kenntnis genommen habe, dass innerhalb der Stadtverwaltung bereits Maßnahmen zu der Thematik „Personal“ ergriffen wurden. Ferner teilt Herr Herrmann mit, dass man den weiteren Prozess beobachten wird und man diesen konstruktiv und kritisch begleiten würde und hofft in diesem Zusammenhang, dass die Dynamik auf einem hohen Niveau bleibt, um nicht zu einem späteren Zeitpunkt erneut eine Beschlussvorlage in die Gremien einbringen zu müssen. Des Weiteren regt Herr Herrmann hinsichtlich der Aufgabenkritik gegenüber der Verwaltung an, noch in diesem Jahr einen Auftakttermin zu organisieren, um so eine Möglichkeit für die Stadtverordneten zu schaffen, sich mit der Thematik auseinandersetzen zu können.

Herr Herrmann zieht im Namen der Fraktion SPD | BFE als Einreicher der Beschlussvorlage diese zurück.

TOP 16.10:**Vorlage:** BV/0141/2020 **Einreicher/****zuständige Dienststelle:** Fraktion SPD | BFE**Zeitnahe Evaluierung und Fortschreibung der Personalentwicklungskonzeption (PEK)**

Herr Herrmann zieht im Namen der Fraktion SPD | BFE als Einreicher der Beschlussvorlage diese zurück.

Herr Hoeck beendet den öffentlichen Teil der StVV um 21:50 Uhr.

Martin Hoeck
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Behnke
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

* Gemäß den Ausführungen des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 12.12.2013 wird diese Anlage an die Fraktionsvorsitzenden sowie die fraktionslosen Stadtverordneten übersandt und ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Bürgermeister**
Friedhelm Boginski

- **SPD | BFE**
Götz Herrmann
Dr. med. Julia Kraushaar ab 19:07 Uhr anwesend
Lutz Landmann
Katja Lösche
Hardy Lux entschuldigt
Dr. Hans Mai
Thomas Stegemann
Ringo Wrase

- **DIE LINKE.**
Sabine Büschel entschuldigt
Irene Kersten
Volker Passoke
Katharina Walter
Sebastian Walter entschuldigt

- **CDU**
Reinhard Fischer entschuldigt
Uwe Grohs
Danko Jur
Dietmar Ortel

- **FDP | Bürgerfraktion Barnim**
Frank Banaskiewicz
Simone Blum
Martin Hoeck
Götz Trieloff

- **Bündnis 90/Die Grünen**
Prof. Johannes Creutziger
StRin Johanna Funk
Prof. Dr. Heike Molitor
Karen Oehler

- **Alternative für Deutschland**
 Florian Eberhardt
 Thomas Krieg entschuldigt
 Tilo Weingardt

- **Bündnis Eberswalde**
 Viktor Jede
 Marco Karnstedt
 Christian Mertinkat

- **Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur**
 Oskar Dietterle
 Mirko Wolfgramm

- **AfD "Die Mitte"**
 Heinz-Dieter Parys ab 18:12 Uhr anwesend
 Sabrina Parys ab 18:12 Uhr anwesend

- **fraktionslos**
 Carsten Zinn

- **Ortsvorsteher/in**
 Helmut Herold

- **Dezernent/in**
 Maik Berendt
 Anne Fellner
 Prof. Dr. Jan König

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
 Tim Altrichter vertreten durch Frau Heß

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
 Edmund Lenke
 Stefan Prescher
 Felix Rödl
 Sylke Wendlandt
 Ulrich Wessollek

- **Gäste**
 Christoff Gäbler zu TOP 9.5